

BESCHLUSSBUCH ZUR LDK 2.21

09. - 10. Oktober 2021 im Estrel Berlin



 **JUSOS
BERLIN**

INHALT

VORSCHLAG ZUR GESCHÄFTSORDNUNG	3
ANTRÄGE	5
Antragsbereich A: Gute Arbeit	6
A1_2/21 DER KULTURSTANDORT DEUTSCHLAND MUSS KRISENSICHER GEMACHT WERDEN	6
Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung	8
B1_2/21 50 JAHRE BAFÖG: UMFASSENDE REFORMEN JETZT!	8
B2_2/21 BILDUNG IST FÜR ALLE DA	11
B3_2/21 SCHULBÜCHER DIVERSER GESTALTEN!	12
B4_2/21 SCHLUSS MIT DER KÜNSTLICHEN DISTANZ! LEHRER*INNEN ENDLICH DUZEN!	13
Antragsbereich E: Europa und Internationales	15
E1_2/21 RECHTSSTAATLICHKEIT IN EUROPA KONSEQUENT VERTEIDIGEN!	15
E2_2/21 EIN SCHRITT IN RICHTUNG GLOBALE SOZIALE GERECHTIGKEIT – ANGLEICHUNG DER BEZAHLUNG VON ORTSKRÄFTEN UND ENTSANDTEN IN DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT!	19
E3_2/21 KEIN FUßBALL DEN MENSCHENRECHTSVERLETZER*INNEN: FUßBALL-WM DER MÄNNER IN KATAR BOYKOTTIEREN!	21
Antragsbereich F: Feminismus, Gleichstellung	24
F1_2/21 KOSTENLOSE MENSTRUATIONSPRODUKTE AN ÖFFENTLICHEN EINRICHTUNGEN	24
F2_2/21 FÜR EINE ECHTE FÖRDERUNG WEIBLICHER UND DIVERSER LITERATUR: BERLINER LITERATURPREIS FÜR FRAUEN UND NICHT-BINÄRE PERSONEN!	26
F4_2/21 SEXISTISCHE UND QUEERFEINDLICHE STEUERFORMULARE DISKRIMINIERUNGSFREI GESTALTEN	28
F5_2/21 SEXARBEIT IST ARBEIT!	29
Antragsbereich G: Gesundheit und Pflege	33
G1_2/21 BEZAHLTER ELTERNCHAFTSURLAUB AUCH BEI FEHLGEBURTEN	33

G2_2/21 GEMEINSAM FÜR MEHR PATIENT*INNEN-SICHERHEIT – INTERPROFESSIONALITÄT LEBEN	35
Antragsbereich I: Inneres und Demokratie	37
I1_2/21 ANTIRASSISMUS IM BUND, IM LAND, IM BEZIRK: ÜBERALL!	37
I2_2/21 GEBÜHREN FÜR INFORMATIONSFREIHEITS-ANFRAGEN ABSCHAFFEN	39
Antragsbereich O: Organisation und Parteireform	41
O1_2/21 GRÜNDUNG DES ARBEITSKREISES KLIMA & UMWELT	41
Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität	43
V1_2/21 LIEBER VBB STATT PAIGO.DE	43
Antragsbereich W: Wirtschaft, Steuern und Finanzen.....	44
W1_2/21 SCHLUSS MIT DER PRIVILEGIERUNG VON KAPITALEINKÜNFEN – ARBEIT UND KAPITAL ENDLICH STEUERLICH GLEICH BEHANDELN!	44
W2_2/21 WIRECARD 2.0 VERHINDERN: KONTROLLE VON KAPITALGESELLSCHAFTEN IN STAATLICHE HAND GEBEN	47
W3_2/21 FÜR EINE CORONA-BEDINGTE VERLÄNGERUNG DES KINDERGELDES!	51

VORSCHLAG ZUR GESCHÄFTSORDNUNG

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisvollversammlungen gewählten Delegierten.
2. Rederecht haben die ordentlichen Delegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, alle Gäste, die vom Landesvorstand oder dem erweiterten Landesvorstand offiziell eingeladen sind, sowie alle anwesenden Jungsozialist*innen.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
4. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt ein mindestens zweiköpfiges Präsidium, eine Mandatsprüfungs- sowie eine Wahl- und Zählkommission.
5. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
6. Die Redezeit für die Diskussionsredner*innen darf 3 Minuten nicht überschreiten.
7. Je Antrag stellender Gliederung sollen die Anträge zu 50 Prozent von Frauen* eingebracht werden.
8. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt: Getrennt nach Frauen*, Männern* und divers identifizierten Personen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhalten Personen der drei Geschlechter dann jeweils im Wechsel weiblich/ männlich/ divers nach dem Reißverschlussprinzip. Zu der Redeliste zählt bereits die Einbringung des Antrages. Nach der Antragseinbringung ist ein einzelner Redebeitrag zur Erwiderng auch dann möglich, wenn keine weitere Frau* mehr auf der Redeliste steht. Anschließend gilt Punkt 9.
9. Wenn keine Frauen* mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste für drei nicht weiblich identifizierte Personen geöffnet werden. Danach ist die Liste wieder geschlossen. Auf Antrag kann die Liste wiederum für drei weitere nicht weiblich identifizierte Personen geöffnet werden, worüber nur noch die weiblichen Delegierten abstimmen. Sobald sich Frauen* melden, wird wieder nachquotiert.
10. Das Recht Geschäftsordnungs-, Initiativ- und Änderungsanträge zu stellen haben alle Delegierten, die Juso-Kreise, der Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-Hochschulgruppen.

11. Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten Schreibweise eingereicht zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das Präsidium der*dem oder den Antragsteller*innen, die Schreibweise unverzüglich zu korrigieren. Geschieht diese Korrektur nicht, wird der Antrag nicht befasst.
12. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 15 Delegierten aus drei Kreisen unterstützt werden und wenn der Anlass für den Antrag nach Ablauf der Frist für Anträge(18.09.2021) entstanden ist. Frist für die Abgabe der Initiativ- und Änderungsanträge mit den erforderlichen Unterschriften ist Samstag, 09. Oktober 2021, eine Stunde nach Konferenzbeginn. Personalvorschläge und Nominierungen sind dem Präsidium ebenfalls bis Samstag, 09. Oktober 2021, eine Stunde nach Konferenzbeginn zuzuleiten.
13. Änderungsanträge zu einem späteren Zeitpunkt werden nur zugelassen, wenn die*der Antragsteller*in Neuformulierungen auf der Basis der eingereichten Änderungsanträge vorlegt oder wenn zwei Drittel des Präsidiums einen nach Ablauf der Antragsfrist eingereichten Änderungsantrag als wesentlich für den Fortgang der Beratung erachten.
14. Änderungsanträge, die nach dem im Antragsbuch veröffentlichten Kopierschluss (04.10.2021, 23:59 Uhr) eingereicht werden, können nicht von der*dem Antragsteller*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Sie müssen – sofern sie aufrechterhalten werden – der Landesdelegiertenkonferenz zur Abstimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge sind in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Die Formatvorgaben sind dabei zu beachten.
15. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission begründen Vertreter*innen der unquotierten Delegationen, welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen* ihres Kreises sie bereits geplant haben, um die Ursachen der mangelnden Repräsentanz von Frauen* in ihren Delegationen bis zur nächsten Landeskongress zu beheben. Dieser Fall tritt ein, wenn weniger als 40% der anwesenden angemeldeten Delegierten einer Delegation zum Zeitpunkt der Mandatsprüfung Frauen* sind. Diese Rechenschaft ist Pflicht.

ANTRÄGE

Antragsbereich A: Gute Arbeit

Antrag A1_2/21

Antragssteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

A1_2/21 DER KULTURSTANDORT DEUTSCHLAND MUSS KRISENSICHER GEMACHT WERDEN

1 In Deutschland leben ungefähr 1,8 Millionen Menschen, die dem Kultursektor angehören. Was aber
2 nicht vergessen werden darf, ist die Tatsache, dass das Erschaffen von Kunst und Kultur auch Arbeit
3 ist. Arbeit, die in den meisten Fällen auf selbstständiger bzw. freiberuflicher Basis erfolgt, wodurch
4 alle anfallenden Kosten (Miete(n), Materialkosten, Produktionskosten, Fahrtkosten,
5 Versicherungsbeiträge etc.) von ihnen eigenständig und im vollen Umfang getragen werden müssen.
6 Um diese Kosten decken und zusätzlich dazu auch noch Umsatz generieren zu können, sind viele
7 Künstler*innen auf öffentliche Auftritte vor Publikum angewiesen. Entfallen diese Auftritte, bleiben
8 sie auf diesen und ggf. weiteren Kosten sitzen.

9 Die Corona-Krise hat gezeigt, wie sehr Künstler*innen von diesen Auftritten abhängig sind und auch,
10 wie schnell sie diese Abhängigkeit in eine wirtschaftliche und soziale Notsituation bringen kann.
11 Aufgrund der Übertragungsart der Viren mussten seit dem Beginn der Pandemie zahlreiche Konzerte,
12 Lesungen, Konzerte und sonstige Auftritte vor einem Publikum abgesagt werden. Auf bereits getätigte
13 Vorauszahlungen blieben viele der Künstler*innen sitzen. Weitere Einnahmen blieben ebenfalls aus.
14 Die Bundesregierung hat zwar eine Künstler*innensoforthilfe bis zum 31.03.2021 ausgelobt. Doch
15 diese einmalige Zahlung erfolgte zum einen mit großer Verspätung und vermochte es bei vielen nicht,
16 die laufenden Kosten abzudecken. Für viele blieb daher nur die Möglichkeit der Verschuldung.

17 Gerade in einer Metropole wie Berlin leben und wirken besonders viele Kulturschaffende. Dadurch
18 ist die prekäre Situation vieler Künstler*innen besonders hier stark spürbar gewesen. Ein Ende der
19 Pandemie und der daraus resultierenden Kontaktbeschränkungen gerade für den Kulturbereich ist
20 nach aktuellem Stand noch nicht vollends absehbar. Unklar bleibt daher auch die Situation vieler
21 Künstler*innen in Berlin und Deutschland. Daher setzen wir uns besonders stark für Künstler*innen
22 ein.

23 Es gilt allerdings nicht nur Künstler*innen während der aktuell laufenden Pandemie zu unterstützen.
24 Daher muss auch die Kulturbranche für eventuelle Extremsituationen vorab abgesichert werden.
25 Denn die Kultur- und Kreativwirtschaft leistet mit rund 174 Milliarden Euro Umsatz jährlich nicht nur
26 einen wichtigen Beitrag für die deutsche Wirtschaft, sondern erhält und entwickelt auch die kulturelle
27 Vielfalt in unserem Land.

28 Wir fordern daher:

- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- Die Einführung einer monatlich ausgezahlten Grundsicherung für selbstständige Kunstschaffende in Ausnahmesituationen wie Pandemien, die ohne Antrag und sofort bei Feststellung einer Ausnahmesituation ausgezahlt wird. Sie gilt sofort und als Überbrückung zu dem von uns schon gefordertem Bürgergeld. Die Grundsicherung soll den täglichen persönlichen Bedarf während des beruflichen Ausfalls abdecken (Miete, Nebenkosten, Unterhaltskosten etc.). Diese Zahlung kann beansprucht werden, sollte die Ausführung der Arbeit auf absehbare Zeit nicht möglich sein. Diese Grundsicherung wird nur über einen begrenzten Zeitraum hinweg gewährt. Eine Verlängerung kann aber beantragt werden. Träger der Grundsicherung soll mittelfristig die Künstlersozialkasse (KSK) sein. Dazu muss der Zugang zur KSK für alle künstlerischen Berufe und Arbeitsverhältnisse niedrigschwellig geöffnet werden und mittels einer Einmalzahlung die KSK angemessen ausgestattet werden, um ein entsprechendes Leistungsniveau bieten zu können. Kurzfristig soll das Land Berlin mit gutem Beispiel vorangehen und eine entsprechende Stelle auf Landesebene schaffen.
 - Staatliche Ersatzleistungen für pandemie- oder ähnliche krisenbedingte Ausfälle von Veranstaltungen. Z.B. im Falle von geleisteten Vorauszahlungen durch Künstler*innen (Materialkosten, Fahrtkosten etc.) für Auftritte, Ausfall der Künstlergage etc. Die Ersatzleistung soll dabei in erster Linie marktwirtschaftlich schwachen Künstler*innen zugutekommen, wie Solo-Selbstständigen, Kollektiven und kleineren Veranstaltungsfirmen. Um dieses Ziel zu erreichen muss die Ersatzleistung im Gesetzgebungsverfahren mit geeigneten Bedingungen wie einer Höchstsumme pro Einzelzahlung oder einer Staffelung nach Umsatz der Antragsteller*innen ausgestaltet werden.
 - Die Befreiung der Kommunen von ihren (Alt)Schulden, um ihnen mehr finanzielle Möglichkeiten zu geben und Kultur auf lokaler Ebene zu fördern.
 - Eine staatliche Übernahme der Versichertenbeitragszahlung zur Künstlersozialkasse nach Feststellung einer Ausnahmesituation.

55

Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung

Antrag B1_2/21

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

B1_2/21 50 JAHRE BAFÖG: UMFASSENDE REFORMEN JETZT!

1 Als 1971 das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in Deutschland eingeführt wurde, war dies
2 mit dem Ziel geschehen, Chancengleichheit im deutschen Bildungswesen herzustellen und
3 insbesondere jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien ein Studium oder eine
4 weiterführende Schulausbildung zu ermöglichen. Zieht man 50 Jahre später eine Bilanz, fällt diese
5 jedoch ernüchternd aus.

6 Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland besonders schlecht ab. Verglichen mit anderen
7 Industrienationen sind Bildungsbiografien in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig.
8 Haben die Eltern keine Berufsausbildung abgeschlossen, ist zum Beispiel auch die Wahrscheinlichkeit
9 geringer, dass ihre Kinder einen solchen Abschluss erreichen. Darüber hinaus sinkt der Anteil der
10 BAföG-Empfänger*innen seit Jahren kontinuierlich. Während kurz nach der Einführung noch fast 45
11 Prozent anspruchsberechtigt waren, erhielten im Jahr 2020 lediglich 11 Prozent aller Studierenden die
12 Finanzierungshilfe. Aufgrund steigender Mietpreise und Inflation reicht der BAföG-Satz außerdem
13 immer weniger zum Leben, insbesondere für Studierende in Großstädten.

14 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit sind zentral für eine gerechtere Gesellschaft. Dass diese
15 gar nicht bestehen, hat die Coronakrise, im Zuge welcher viele Jobmöglichkeiten für Studierende
16 wegfielen und das BAföG bei weitem nicht ausreichte, deutlich gezeigt. Aus diesem Grund müssen wir
17 unseren Forderungen nach einer auskömmlichen Studienfinanzierung weiterhin Nachdruck verleihen.
18 Wir sind der Überzeugung, dass es weitreichende Reformen braucht, um den Hochschulzugang für alle
19 junge Menschen zu eröffnen. Wir brauchen endlich eine bedarfsdeckende Studienförderung, die mehr
20 jungen Menschen zugutekommt. Wir fordern daher:

21 Das BAföG muss zum Leben reichen. Ein wichtiger Schritt ist die regelmäßige automatische **Erhöhung**
22 **der Bedarfssätze sowie die Zahlung eines Inflationsausgleichs**. Eine solche automatische Erhöhung
23 braucht zuerst einen Ausgangspunkt, die den tatsächlichen Kosten eines würdigen Lebens als
24 Studierende entspricht. Davon sind die derzeitigen Bedarfssätze weit entfernt, wie die Sozialerhebung
25 der Studierendenwerke und der Alternative BAföG-Bericht der Gewerkschaftsjugend immer wieder
26 zeigen. Darum fordern wir, anhand eines studentischen Warenkorb die tatsächlichen Kosten des
27 Studiums ermitteln zu lassen und diesen Wert als Ausgangspunkt der künftigen automatischen
28 Erhöhung zu veranschlagen. Dabei müssen unbedingt auch besondere Belastungen bedacht werden.
29 Auch Mieten sind nicht überall gleich. Eine Wohnpauschale muss daher dem örtlichen Bedarf
30 entsprechen. Zusätzlich zur Förderung braucht es eine bedarfsgerechte Pauschale für Lernmittel wie
31 z. B. elektronische Geräte und Literatur.

32 Das BAföG muss mehr Studierende erreichen. In einem ersten Schritt müssen die Freibeträge weit
33 überproportional angehoben werden, damit das BAföG wieder weiter in die Mitte der Gesellschaft
34 hineinreicht. Bis das System familienunabhängig aufgestellt ist, müssen die Elternfreibeträge massiv
35 und relational zu Mittelstandseinkommen erhöht werden, um die Förderquote wieder deutlich
36 anzuheben. Hierzu ist es notwendig, dass die **Freibeträge der aktuellen Einkommensentwicklung**
37 **regelmäßig automatisch angepasst** werden, neben dem Einkommen auch Kredite, Hypotheken und
38 Schulden der Eltern berücksichtigt werden, und die Berechnung von Unterstützung für Kinder von
39 selbstständigen Eltern reformiert wird, sodass mehr junge Menschen eine Förderung erhalten. Wer in
40 der Bundesrepublik Deutschland lernt, muss auch gefördert werden können. BAföG muss deshalb für
41 alle zugänglich sein. Egal, was auf ihrem Pass steht. Auch für Schüler*innen ab der 10 Klasse fordern
42 wir Zugang zu BAföG und zwar unabhängig davon, ob sie bei ihren Eltern wohnen oder nicht.

43 Das BAföG muss langfristig alle erreichen. Wir sind der Überzeugung, dass Bildung ein Grundrecht ist
44 und Bildung für alle kostenfrei zugänglich sein soll. Wir lehnen außerdem die Vorstellung ab, dass junge
45 Menschen auch nach dem Erreichen der Volljährigkeit noch von ihren Eltern finanziell abhängig sein
46 müssen. Zumal die Realität zeigt, dass Eltern nicht immer zahlen, auch wenn sie müssten oder aufgrund
47 eines Kontaktabbruchs nicht bereit sind, die Anträge ihrer Kinder auszufüllen. Für Studierende ist dies
48 besonders prekär, da sie nur dann eine BAföG-Förderung erhalten würden, wenn sie den Rechtsweg
49 wählen und ihre Eltern verklagen. Wir werden uns daher weiterhin für eine **Öffnung hin zu einer**
50 **elternunabhängigen Förderung einsetzen**. Die Einführung des elternunabhängigen Bafög wird
51 erheblich zur Entbürokratisierung beitragen und Verwaltungskosten reduzieren.

52 Das BAföG muss attraktiver und unbürokratisch werden. Viele Studierende, die anspruchsberechtigt
53 wären, scheuen die komplizierten Anträge und die Bürokratie. Wir fordern daher, dass BAföG-Anträge
54 vereinfacht werden. Wir fordern daher die **Rückkehr zum Vollzuschuss**, damit die Leistungen nicht
55 mehr zurückgezahlt werden müssen.

56 Das BAföG muss flexibler werden. Die Förderungshöchstdauer ist derzeit auf die Regelstudienzeit
57 begrenzt. Allerdings schafft es nur weniger als die Hälfte der Studierenden, ihr Studium rechtzeitig
58 abzuschließen. Das liegt auch an den veränderten Anforderungen an Absolvent*innen. Ein
59 Hochschulabschluss reicht in vielen Branchen nicht mehr für einen erfolgreichen Berufseinstieg. Häufig
60 müssen auch Praktika, Auslandsaufenthalte und ehrenamtliches Engagement nachgewiesen werden.
61 Hinzu kommt, dass viele Studierende Care-Arbeit leisten oder gesundheitlich eingeschränkt sind.
62 Damit alle Studierende nach ihren eigenen Vorstellungen studieren können und sich während ihres
63 Studiums frei entfalten können, fordern wir die Abschaffung der Höchstförderungsdauer. Außerdem
64 fordern wir, dass BAföG auch nach einem Studienfachwechsel, der nach dem dritten Semester erfolgt
65 ist, weiterhin gezahlt wird.

66 Das BAföG muss gerechter werden. Das heißt für uns auch, dass wir grundsätzlich einen Ausbau der
67 staatlichen Unterstützungsmöglichkeiten für jungen Menschen in Ausbildungsberufen fordern. Dies
68 gilt beispielsweise auch für das Meister*innen-Bafög. Insbesondere junge Menschen aus nicht-
69 akademischen Familien studieren häufiger auf dem zweiten Bildungsweg und werden durch
70 Altersgrenzen diskriminiert. Daher fordern wir, dass **alle Altersgrenzen aufgehoben werden**.

71 Die BAföG-Reform muss dabei eingebettet sein in einen größeren Strauß von
72 **Umverteilungsmaßnahmen wie etwa gerechteren Vermögens-, Einkommens- und**
73 **Erbschaftssteuern.**

74 Die SPD hat die Bundestagswahl 2021 als stärkste Kraft gewonnen. Eine Umfassende BAföG Reform,
75 die u.A. die Rückkehr zum Vollzuschuss und eine elternunabhängige Zahlung beinhaltet, war auch
76 Dank dem Druck der Jusos Teil des SPD-Wahlprogramms. Im Falle einer SPD-geführten
77 Bundesregierung muss es die Pflicht der Partei und eines Bundeskanzler:innenamtes in
78 sozialdemokratisch geführter Hand sein diese Reform umzusetzen. Um Millionen von jungen
79 Menschen in Deutschland das historische Versprechen von Aufstieg durch Bildung zu garantieren,
80 und um einer neuen Generation junger Menschen zu beweisen, dass eine sozialdemokratische
81 Regierung für ihre Interessen einsteht.

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

B2_2/21 BILDUNG IST FÜR ALLE DA

- 1 Jede*r hat das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Dazu gehört auch, den Charakter durch
- 2 Bildungsangebote weiterzuentwickeln. Um die Bildung des Charakters und des Wissens möglichst allen
- 3 Menschen niedrigschwellig und lebenslang auch nach der Schul- bzw. Ausbildungszeit zu ermöglichen,
- 4 halten wir es für zielführend, Bildungsangebote konsequent kostenlos zur Verfügung zu stellen.

- 5 Besonders jüngere und Menschen mit geringerem Einkommen können von diesem Abbau finanzieller
- 6 Hürden in besonderem Maße profitieren und werden von diesen angesprochen; auch Familien können
- 7 zusätzlich von diesem kostenlosen Angebot profitieren. Insgesamt aber profitiert die gesamte
- 8 Bevölkerung und das gegenseitige Verstehen und Verständigen wird erleichtert.

- 9 Durch die Digitalisierung der Museumsbestände wollen wir darüber hinaus das in Berlin konzentrierte
- 10 Wissen allen auf der Welt zur Verfügung stellen, auch denen, die nicht die Möglichkeit haben, sich in
- 11 diese Museen zu begeben oder gar große Reisen auf sich zu nehmen. Dabei soll das Onlineangebot
- 12 informativ, vielsprachig und niedrigschwellig sein und die Zusammenhänge und Hintergründe der
- 13 Ausstellungsstücke und ihren Bezug zur Geschichte aufzeigen. Dieses Angebot wird einen Besuch der
- 14 Museen zwar nicht in Gänze ersetzen können, in jedem Fall soll es aber die Möglichkeit bieten, diesen
- 15 zusätzlich informativ begleiten sowie die Möglichkeit zur Vor- bzw. Nachbereitung zu bieten. Da es in
- 16 den eingelagerten Beständen der Museen Objekte gibt, die aufgrund von beispielsweise unklarer
- 17 Herkunft oder menschenfeindlicher Darstellung nicht unkommentiert veröffentlicht werden können,
- 18 soll durch die Kuratierung eine angemessene Einordnung und Darstellungsweise gewährleistet
- 19 werden.

- 20 So wollen wir die landeseigenen Berliner Museen zu einem Ort der flächendeckenden und
- 21 niederschweligen Weiterbildung machen; sowohl für die Bürger*innen dieser Stadt, als auch für
- 22 Besucher*innen Berlins und Menschen in aller Welt.

- 23 Wir fordern für alle Menschen kostenlosen Eintritt in die landeseigenen Museen und
- 24 Dauerausstellungen. Darüber hinaus fordern wir eine möglichst umfangreiche digitalisierte Bibliothek,
- 25 mit Quellen und Informationen zu den Beständen der Museen und deren
- 26 thematischen Schwerpunkten, die niederschwellig im Netz erreichbar sein soll und umfangreiche
- 27 wissenschaftlich belegt sein müssen.

Antragssteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

B3_2/21 SCHULBÜCHER DIVERSE GESTALTEN!

1 „Für den Bau eines Hochhauses werden 400 Tage eingeplant. [...] Die Männer arbeiten durchschnittlich
2 sechs Stunden am Tag. Berechnen sie den Aufwand in Manntagen.“

3 „Jede Hausfrau verarbeitet im Jahr 2007 6,3 kg Zucker beim Backen und Kochen.“

4 Diese und ähnliche Beispiele, bei denen längst überkommene Rollenbilder als Norm dargestellt
5 werden, befinden sich immer noch in viel Schulmaterial, mit dem in Berlin gelehrt wird.

6 Dadurch wird die Vielfalt der Gesellschaft nicht vollständig repräsentiert. Wir wollen Menschen mit
7 Behinderung, verschiedene Gender- und sexuelle Identitäten und ihres sozio-kulturellem Hintergrund
8 abbilden. Hierbei sollen insbesondere historische Persönlichkeiten aus eben diesen Communities,
9 miteinbezogen werden. Außerdem fehlt, bei der Befassung mit historischen Persönlichkeiten, meist
10 auch die Auseinandersetzung mit nach heutiger Gesetzeslage, begangenen Straftaten, wie
11 Sexualstraftaten oder ihrem Beitrag zu jeglicher Diskriminierung.

12 Um eine diverse Gesellschaft abzubilden, brauchen wir Repräsentation von diversen Gruppen in
13 Schulbüchern. Sowohl als Autor*innen von literarischen und politischen Texten, wie auch in deren
14 Inhalten und bei Beispielen in Aufgaben. Alle Kinder sollen sich und ihre Lebenssituationen
15 wiederfinden können, denn kein Kind sollte das Gefühl haben, von Schulbildung nicht berücksichtigt
16 zu werden.

17 In Berlin gibt es keine landesweite Überprüfung von Schulbüchern, die zugelassen werden sollen. Die
18 Schulen bzw. Fachkonferenzen können selbst darüber entscheiden, welche Schulbücher eingesetzt
19 werden.

20 **Deshalb fordern wir die Einführung eines verbindlichen Kriterienkatalogs im Hinblick auf Diversität,**
21 **Gleichstellung und Diskriminierungsfreiheit den die Schulen bei ihrer Entscheidung berücksichtigen**
22 **müssen.** Dieser Katalog sollte dabei folgende Diversitätsmerkmale berücksichtigen: Geschlecht,
23 sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft, Nationalität, Gesundheit, Alter, soziale Herkunft und soziale
24 Stellung.

Antragssteller*innen: Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

B4_2/21 SCHLUSS MIT DER KÜNSTLICHEN DISTANZ! LEHRER*INNEN ENDLICH DUZEN!

- 1 An deutschen Schulen ist es gang und gäbe, dass Schüler*innen ihre Lehrer*innen siezen.
- 2 Dieses System wird kaum in Frage gestellt und wenn doch, dann finden sich fast immer die
- 3 gleichen Begründungen dafür: Siezen sorgt sowohl für mehr Respekt als auch für bessere
- 4 Leistungen bei den Schüler*innen.
- 5 Doch Tatsache ist, dass beides nicht der Wahrheit entspricht.
- 6 Die Leistung von Schüler*innen weltweit wird alle drei Jahre durch die PISA-Studie überprüft.
- 7 2018 belegte Deutschland gerade mal den 20. Platz. Vor Deutschland finden sich Schweden,
- 8 Dänemark, Norwegen und Finnland. Finnland belegt unter den europäischen Ländern den
- 9 zweiten Platz.
- 10 Tatsache ist, dass in all diesen Ländern die Lehrer*innen geduzt werden. Duzen kann also in
- 11 keinsten Weise automatisch mit schlechten Leistungen in Verbindung gebracht werden.
- 12 Und nicht nur zum Thema Leistungen findet man aus den skandinavischen Ländern positive
- 13 Resonanzen, sondern auch in Bezug auf das Lehrer*in-Schüler*in Verhältnis.
- 14 In Schweden duzt man schon seit 50 Jahren seine Lehrer*innen, das Ergebnis: Nicht der
- 15 befürchtete Verlust von Autorität, sondern ein Abbau von Distanz und ein Aufbau des
- 16 Vertrauens. Man ist so eher bereit eine Lehrperson anzusprechen, wenn man ein Problem hat.
- 17 Auch aus Norwegen, Dänemark und Finnland kommen ähnliche Stimmen, berichtet wird von
- 18 einer entspannteren Lernatmosphäre und einem deutlich besseren Verhältnis zur Lehrperson,
- 19 als es an deutschen Schulen der Fall ist.
- 20 Auch dort ist das Duzen nicht einfach vom Himmel gefallen oder seit hunderten von Jahren
- 21 fest verankert. So war es zum Beispiel in Schweden bis zu den siebziger Jahren genauso wie in
- 22 Deutschland; Lehrer*innen wurden mit „Ni“ (Sie) angesprochen.
- 23 Autorität haben die Lehrer*innen jetzt trotzdem. Denn die Fähigkeit sich gegenüber den
- 24 Schüler*innen durchzusetzen beruht nicht darauf, wie die Schüler*innen die Lehrer*innen
- 25 ansprechen, sondern darauf, wie diese auftreten und ihren Unterricht führen.

26 Auch ein respektvoller Umgang beiderseits beruht eben nicht auf dem Siezen, sondern auf
27 gegenseitiger Achtung.

28 Fakt ist ebenfalls, dass Respekt gegenüber Mitmenschen auf deren Verhalten beruht und nicht
29 auf einer künstlich hergestellten Distanz.

30 Es ist klar, dass sich an unserem Schulsystem etwas ändern muss, denn viel zu viele
31 Schüler*innen fühlen sich in der Schule nicht wohl.

32 Schüler*innen sollten aber eigentlich ermutigt werden, stärker am Schulleben teilzuhaben, als
33 dies momentan oft noch der Fall ist, um zu demokratisch gebildeten und selbstständig
34 denkenden Persönlichkeiten zu werden. Siezen schafft eine auf Hierarchie beruhende Distanz
35 vor deren Hintergrund dies erschwert wird.

36 Kinder und Jugendliche sollen in ihren Belangen ernst genommen werden und nicht von oben
37 herab, wie „unfertige Erwachsene“ behandelt werden. Eine Schule in der die Lehrer*innen
38 den Schüler*innen die Welt erklären, kann für die Zukunft nicht wünschenswert sein,
39 stattdessen sollten Schüler*innen und Lehrer*innen zusammenarbeiten.

40 Deshalb fordern wir:

- 41 ● Schüler:innen dürfen keine Konsequenzen erwarten, wenn sie Lehrkräfte duzen
- 42 ● Lehrer*innen verpflichtende Fortbildungen zum Thema „Du“ anzubieten um ihnen den
43 Übergang vom Siezen zum Duzen zu erleichtern.
- 44 ● Mehrwöchige Pilotprojekte an Schulen durchzuführen, in denen das „Du“ erprobt wird.
- 45 ● Die Praxis, dass Schüler:innen bei der Begrüßung von Lehrer:innen im Klassenraum aufstehen
46 und die Begrüßung singen müssen, ist abzuschaffen.

Antragssteller*innen: Jusos Tempelberg, Jusos Mitte, Jusos Charlottenburg-Willmersdorf, Jusos Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

E1_2/21 RECHTSSTAATLICHKEIT IN EUROPA KONSEQUENT VERTEIDIGEN!

1 Schon mal von den Kopenhagener-Kriterien gehört? 1993 hat der Europäische Rat in Kopenhagen
2 Kriterien formuliert, die ein Land erfüllen muss, um Mitglied der Europäischen Union (EU) zu werden.
3 Darunter fällt auch dieses Kriterium: "Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und
4 rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von
5 Minderheiten". Zusätzlich sind sie auch als Grundwerte der Union in Artikel 2 des EU-Vertrags
6 aufgelistet. Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung von Menschenrechten sollten also selbstverständlich
7 sein in der EU. Leider ist das nicht der Fall und wir sehen seit Jahren, wie in einigen EU-Ländern der
8 Rechtsstaat systematisch angegriffen wird. Angriffe auf die Medienfreiheit in Ungarn, Einflussnahme
9 auf die Justiz und LGBTQ-freie Zonen in Polen, Pushbacks von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen
10 in Griechenland oder Angriffe auf Journalist*innen auf Malta und in der Slowakei - das sind nur einige
11 Beispiele dafür, wie schlecht es in der EU um den Rechtsstaat steht.

12 Die Rechtsstaatlichkeit, verankert in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union, ist ein
13 Grundprinzip der Union und maßgebend für den Schutz der EU Grundwerte. Besonders der Schutz von
14 Grundrechten und Demokratie ist hier zentral. Für die Funktionsweise der Europäischen Union ist die
15 Rechtsstaatlichkeit also ein entscheidender Faktor. Rechtsstaatlichkeit beruht auf einem wirksamen
16 Rechtsschutz, der nur von einer unabhängigen, hochwertigen und effizienten Justiz gewährleistet
17 werden kann. Denn die EU ist mehr als nur ein gemeinsamer Binnen- und Arbeitsmarkt. Sowohl die
18 Beitrittskriterien als auch die EU-Verträge, die für alle Mitgliedsstaaten gelten, machen klar, dass die
19 EU eine Wertegemeinschaft ist. Die gemeinsamen Grundwerte ermöglichen es erst, dass die
20 Zusammenarbeit in allen politischen und wirtschaftlichen Bereichen funktioniert.

21 Und was tut die EU gegen eine Aushöhlung dieses Prinzips? Laut dem EU-Recht gab es bisher zwei
22 Möglichkeiten, um gegen Angriffe auf den Rechtsstaat vorzugehen. Zum einen, steht der EU das
23 sogenannte Artikel 7-Verfahren zur Verfügung. Es umfasst zwei Mechanismen:
24 Präventionsmaßnahmen im Falle einer eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der EU-
25 Werte, und Sanktionen, wenn eine solche Verletzung bereits stattgefunden hat. Die möglichen
26 Sanktionen gegen den betroffenen Mitgliedstaat sind in den EU-Verträgen nicht klar definiert, aber
27 eine mögliche Sanktion besteht darin, dass der betroffene Staat seine Stimmrechte im Europäischen

28 Rat verliert. Es gibt allerdings einen Haken: um die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit oder anderer EU-
29 Grundwerte festzustellen, braucht es eine einstimmige Entscheidung der Staats- und Regierungschefs
30 im Europäischen Rat.

31 Seit vielen Jahren gibt es nicht nur einen Regierungschef in der EU, der es mit der Demokratie und dem
32 Rechtsstaat nicht so eng sieht. Somit ist dieses Instrument nutzlos geworden, da sich
33 nationalkonservative Regierungen gegenseitig decken und eine Sanktionierung unmöglich machen.
34 Zum anderen, kann die Europäische Kommission im sogenannten Vertragsverletzungsverfahren den
35 Europäischen Gerichtshof beauftragen, zu überprüfen, ob einzelne Mitgliedsstaaten das EU-Recht
36 nicht umsetzen. Der Gerichtshof kann die Länder dann zu Geldstrafen verurteilen. So geschehen ist
37 das im Fall von Polen, wo mit einem umstrittenen Justizgesetz die Unabhängigkeit von Richter*innen
38 eingeschränkt wurde. Am 8. September hat die Kommission nun beim Gerichtshof beantragt, Strafen
39 gegen Polen zu verhängen. Das hat alles sehr lange gedauert und es ist erschreckend, wie wenig
40 Einfluss das Europäische Parlament, die einzige direkt demokratisch legitimierte Institution in der EU,
41 auf den Schutz der Rechtsstaatlichkeit hat. Die S&D-Fraktion, also die Sozialist*innen und
42 Sozialdemokrat*innen im Europaparlament, haben deshalb bereits im Januar 2020 gefordert, dass im
43 zukünftigen Haushalt der EU die Auszahlung von Geldern an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien
44 geknüpft sein soll.

45 Dieser Rechtsstaatsmechanismus ist am 1. Januar 2021 in Kraft getreten. Und wieso wurden noch
46 keine Sanktionen verhängt? Das liegt daran, dass die Kommission für die Umsetzung des Mechanismus
47 verantwortlich ist: als "Hüterin der EU-Verträge" ist es ihre Aufgabe, Verletzungen der
48 Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten festzustellen, deren Regierungen zu warnen und
49 anschließend die Kürzung von EU-Geldern zu veranlassen. Das passiert allerdings, 10 Monate nach
50 Inkrafttreten des Mechanismus, immer noch nicht, weil die Kommission warten will, bis der EuGH den
51 Mechanismus für rechtmäßig erklärt. Und das, obwohl dieser Mechanismus von den gesetzgebenden
52 Institutionen der EU beschlossen wurde.

53 Kurz gesagt: es passiert immernoch nichts. Das Europäische Parlament hat deshalb im Juli mehrheitlich
54 beschlossen, dass eine Klage wegen Untätigkeit gegen die Kommission in die Wege geleitet wird. Und
55 JETZT? Immer noch ist Warten angesagt, bis die Kommission endlich handelt. Wir brauchen jetzt keine
56 Rechtsstaatsmonitorings oder alarmierte Reden mehr. Viele Menschen in der EU oder an den
57 Außengrenzen der EU, sind dringend darauf angewiesen, dass der Rechtsstaat sie vor Willkür und
58 Angriffen schützt.

59 Die Kommission ist die Hüterin der Verträge und muss daher konsequent Handeln und diese
60 durchsetzen. Inkonsequentes Auftreten führt zu Missbrauch von Grauzonen und Schaffung von
61 Präzedenzfällen, die zu Nachahmungen animieren können - siehe das Auftreten Ungarns und Polens.
62 Jegliche Verstöße gegen Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Europäischen Union müssen zielgerichtet
63 gehandelt werden, um eine Untergrabung dessen zu vermeiden. Es ist nicht hinnehmbar, dass
64 Regierungen bestimmter Länder immer wieder die Grenzen des Machbaren austesten, keinerlei
65 Sanktionen fürchten müssen und die EU als reine geldgebende Institution sehen, anstatt einer
66 Wertegemeinschaft. Die Kommission setzt mit ihrer Hinhaltetaktik nicht nur das Leben unzähliger
67 Menschen aufs Spiel, sie delegitimiert sich mit ihrer aktuellen Haltung auch als "Hüterin der Verträge".
68 Die Bezeichnung als Wertegemeinschaft darf keine Worthülse bleiben, es muss aktiv daran gearbeitet
69 werden diese wichtige Errungenschaft zu schützen.

- 70 - Konsequenzen müssen sich deshalb zum einen nicht nur in Worten und
71 Abmahnungen zeigen, sondern auch in Taten widerspiegeln: dabei müssen
72 Regierungen, die Vertragsverletzungen wissentlich eingehen, schlussendlich die
73 Auswirkungen ihres Handelns spüren und mit Sanktionen belegt werden. Wichtig ist,
74 dass Sanktionen sich nicht auf Gesellschaftliche Projekte und deren Förderung
75 auswirken, wie beispielsweise das Erasmus Programm oder viele weitere Orte, an
76 denen die europäische Gemeinschaft zusammenwächst und gerade auch junge
77 Menschen die EU leben. Dies wäre gesellschaftsschädigend und nicht zielführend.
- 78 - Die Änderung der EU-Verträge wäre ein bedeutender Schritt, denn die letzte
79 Vertragsänderung ist bereits 14 Jahre her. Die Sackgasse, in der sich die EU im
80 Bereich der Rechtsstaatlichkeit befindet, macht aber deutlich, wie dringend wir
81 diesen Schritt, mit neuen Sanktionsmechanismen brauchen. Dies kann auch in Form
82 einer Beschneidung des Kohäsionsfonds (wichtiger EU-Fonds zum Ausgleich der
83 wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit) oder Agrarfonds stattfinden, also Mitteln,
84 mit denen sich benannte Regierungen viel Gunst auf Kosten der Europäischen
85 Gemeinschaft erwirtschaften.
- 86 - Eine Änderung der EU-Verträge muss enthalten, dass dem Europäischen Parlament,
87 als einziger direkt demokratisch legitimierter Institution, die notwendigen Rechte und
88 Befugnisse - wie u. a. das Initiativrecht eingeräumt werden, um im Vorgehen gegen
89 Rechtsstaatsverstöße eigenständig Voraussetzungen formulieren zu können, die
90 vorsehen wann die Kommission einschreiten muss. Neben der Kommission soll auch
91 das Parlament beschließen können, dass gegen einzelne Mitgliedsstaaten
92 Maßnahmen zum Schutz des Haushalts der Union nach dem
93 Rechtsstaatsmechanismus ergriffen werden können. Die Vertreter*innen der EU-
94 Bürger*innen sollten auch als Hüter*innen der EU-Verträge handeln können!
- 95 - Das Einstimmigkeitsprinzip soll bei der Feststellung schwerwiegender und
96 anhaltender Verletzung der Grundwerte der Union (Art.7-Verfahren) keine
97 Anwendung mehr finden und durch das Prinzip der doppelten Mehrheit oder durch
98 ähnliche Konzepte, die eine Sperrminorität autoritärer Demokratien verhindern,
99 ausgetauscht werden.
- 100 - Außerdem sollen zivilgesellschaftliche Organisationen ein Verbandsklagerecht
101 erhalten, um die Kommission oder das Parlament auf Untätigkeit zu verklagen, falls
102 der Rechtsstaatsmechanismus nicht konsequent angewendet wird.
- 103 - Die Bundesregierung soll, wenn sie von Misständen betreffend die
104 Rechtsstaatlichkeit in einzelnen Mitgliedstaaten erfährt, die gegen das Unionsrecht
105 verstoßen könnten, selbstständig ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten, wenn
106 absehbar ist, dass die Kommission ein solches nicht anstrebt.
- 107 - Deutschland und die EU sollen vermehrt mit Geldmitteln zivilgesellschaftliche
108 Organisationen unterstützen, die sich gegen rechtsautoritäre Regime innerhalb der
109 Union stellen.
- 110 - Bis zur Änderung der EU-Verträge fordern wir von den sozialistischen und
111 sozialdemokratischen Mitgliedern in den europäischen Institutionen, insbesondere von den

112 Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat, sich stärker für die Einhaltung der
113 Rechtsstaatlichkeit einzusetzen und in den Institutionen den politischen Druck zu erhöhen.
114 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass alle Mitgliedsparteien der Sozialdemokratischen
115 Partei Europas (SPE/PES) sich für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in ihren Mitgliedsstaaten
116 und der gesamten EU einsetzen. Denn auch in unserer Parteienfamilie gibt es an einigen
117 Stellen noch entsprechenden Nachholbedarf.

118

119 Deutschland ist ein bedeutender Akteur innerhalb der EU und muss auch als ein solcher konsequent
120 mit ihren Partner*innen handeln. Die nächste Bundesregierung muss auf ein zielgerichtetes Handeln
121 der Kommission einwirken und Teil der Lösung sein!

Antragssteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

E2_2/21 EIN SCHRITT IN RICHTUNG GLOBALE SOZIALE GERECHTIGKEIT – ANGLEICHUNG DER BEZAHLUNG VON ORTSKRÄFTEN UND ENTSANDTEN IN DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT!

1 Das Vergütungssystem an deutschen Institutionen, die im Ausland operieren (z.B. Botschaften,
2 politische Stiftungen, die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)), zementiert die
3 Ungleichheiten zwischen dem Global Süden und Norden, denn: Ortskräfte werden deutlich schlechter
4 bezahlt als die deutschen entsandten Angestellten dieser Institutionen.

5 Konkret folgt das Vergütungssystem diesen Leitlinien:

6 Die Vergütung von deutschen Angestellten im Ausland wird je nach Beschäftigungsort durch das
7 Bundesbesoldungsgesetz oder den TVÖD Bund geregelt bzw. daran angelehnt. Zu diesem dort
8 festgeschriebenen Geld kommen noch Auslandsdienstbezüge hinzu, die unter anderem einen
9 Mietzuschuss beinhalten. Die Höhe dieser Bezüge unterscheidet sich je nach Einsatzland.

10 Im Gegensatz dazu erhalten Ortskräfte an deutschen Auslandsvertretungen ihr Gehalt gemäß der
11 Ortsüblichkeit. Die Ortsüblichkeit wird durch den Vergleich mit anderen ortsansässigen
12 Arbeitsbedingungen festgelegt. Auch bei anderen deutschen Akteur*innen im Ausland (z.B. Stiftungen
13 oder der GIZ), gilt ein Besserstellungsverbot, das dem Prinzip der Ortsüblichkeit ähnlich ist.

14 Im Detail bedeutet das, dass beispielsweise die*der deutsche entsandte Büroleiter*in der Friedrich-
15 Ebert-Stiftung in Tunesien 4113,41 Euro brutto verdient und zusätzlich laut der
16 Auslandszuschlagsverordnung 2348,68 Euro Auslandszuschlag bekommt.

17 Das Gehalt der Ortskraft, das sich nach Ortsüblichkeit bemisst, ist somit je nach Position zwischen den
18 folgenden Gehaltsgruppen einzuordnen: Ein*e Buchhalter*in in Tunesien verdient im Schnitt 326,63
19 Euro, ein*e Architekt*in 388,93 Euro und ein*e Zahnarzt*in 951 Euro.

20 Zusammengefasst entsteht die ungleiche Vergütung durch die Bezahlung der entsandten nach
21 deutschen Gehaltsstandards und zusätzlichen Auslands- und Mietzuschüssen, während Ortskräfte
22 nach den Prinzipien der Ortsüblichkeit bezahlt werden. Am Beispiel Tunesiens beträgt dieser
23 Unterschied mindestens 5.500 Euro! Die eigentlich gleichwertige Arbeit von Ortskräften im Vergleich
24 zu entsandten, wird durch das Ungleichgewicht der Vergütung entwertet. Es ist ungerecht, dass die

25 Ortskräfte für denselben Arbeitsaufwand und Qualifikation nur einen Bruchteil vergütet bekommen.
26 Dieses Lohngefälle ist unverhältnismäßig.

27 Auch steht den Entsandten angesichts der Tatsache, dass die Lebenshaltungskosten in vielen Ländern
28 des globalen Südens die Lebenshaltungskosten meist um einiges niedriger sind als in Deutschland, in
29 vielen Fällen überdurchschnittlich viel Geld zur Verfügung. Diese im Dienstland (als auch für deutsche
30 Standards) überdurchschnittliche Vergütung ermöglicht den Entsandten einen außerordentlich
31 gehobenen Lebensstil im Vergleich zu der restlichen Bevölkerung.

32 Bei der Auflösung dieses Ungleichgewichts, sind zwei Punkte zu beachten: Für die ortsübliche
33 Bezahlung spricht das Argument, dass eine zu große Einflussnahme auf das lokale Wirtschaftssystem
34 verhindert werden soll. Für Entsandte wird das Argument geltend gemacht, dass ihnen eine Rückkehr
35 nach Deutschland mit einem angemessenen Lebensstandard garantiert sein muss.

36 Dennoch ist dieses exorbitante Ungleichgewicht so nicht tragbar. Wir verstehen uns als
37 internationalistisch und müssen so für die Auflösung kolonialer Strukturen eintreten. Am wichtigsten
38 ist aber: **Die ungleiche Bezahlung ist nicht vereinbar mit dem zentralen Grundwert der Jusos und der**
39 **SPD: Soziale Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit endet nicht an der deutschen Grenze, wir müssen**
40 **für sie weltweit eintreten.**

41 Deswegen fordern wir:

- 42 ● Eine Neubewertung der Gehälter von Entsandten und Ortskräften
- 43 ● Eine Angleichung der Vergütung von Entsandten und Ortskräften

- 44 ● Eine Neubewertung des Auslandszuschlags der Entsandten unter Einbeziehung der Differenz
45 der Lebenshaltungskosten im Land der Entsendung und in Deutschland insbesondere des
46 Mietkostenzuschusses

47 Lasst uns endlich diesen entscheidenden Schritt in Richtung globale Gerechtigkeit gehen.

Antragssteller*innen: Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

E3_2/21 KEIN FUßBALL DEN MENSCHENRECHTSVERLETZER*INNEN: FUßBALL-WM DER MÄNNER IN KATAR BOYKOTTIEREN!

1 Fußball ist eine der beliebtesten Sportarten weltweit und mittlerweile ein Milliardengeschäft. In
2 Deutschland wird der Spielbetrieb durch den deutschen Fußball-Bund (DFB) organisiert, der wiederum
3 auf europäischer Ebene in der Union of European Football Associations (UEFA) Mitglied ist. Weltweit
4 werden Wettbewerbe von der Fédération Internationale de Football Association (FIFA) organisiert. Der
5 größte dieser Wettbewerbe und damit auch der, der das meiste Geld einbringt, ist die
6 Weltmeisterschaft (WM) der Männer, die üblicherweise alle vier Jahre ausgetragen wird.

7
8 2010 wurde die WM 2022 seitens des FIFA-Exekutivkomitees, des damaligen höchsten
9 Entscheidungsgremium der FIFA, an den Katar gegeben. Schon unmittelbar bei der Vergabe gab es
10 kritische Stimmen, was die Lage im Land sowie die klimatischen Bedingungen in Katar angingen. 2020
11 wurde bekannt, dass drei Mitglieder des Exekutivkomitees bestochen wurden, damit sie für Katar
12 stimmen. Ohne diese Bestechung wäre die WM wahrscheinlich an die USA vergeben wurden. Trotz
13 dieser Korruption wird seitens der FIFA die WM-Vergabe nicht in Frage gestellt.

14
15 Die Stadien wurden für die WM neu gebaut. Schon 2013 wiesen Amnesty International und die
16 Vereinten Nationen auf die menschenverachtenden Arbeitsbedingungen auf diesen Baustellen und die
17 hohe Zahl von Todesfällen unter den Arbeiter*innen hin. Den Arbeiter*innen, die zumeist aus anderen
18 Ländern, wie Indien, Bangladesch oder Sri Lanka kamen, wurden oftmals die Pässe abgenommen,
19 Löhne wurden nicht oder zu gering bezahlt, Arbeitspausen wurden nicht eingehalten, Zugang zu
20 Trinkwasser nicht gesichert. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) sprach in diesem
21 Zusammenhang von moderner Sklaverei. Nach Recherchen der britischen Zeitung The Guardian sind
22 im Zeitraum von 2011 bis Herbst 2020 mindestens 6751 dieser Arbeiter*innen verstorben. Offiziell
23 wird die Todesursache der meisten Menschen als natürliche Ursache angegeben, allerdings wird bei
24 ausländischen Arbeiter*innen bei unklarer Todesursache in Katar keine Obduktion durchgeführt. Als
25 weitere Todesursachen werden allerdings auch Arbeits- und Verkehrsunfälle, sowie Suizide angeführt.
26 Die Regierung von Katar hält die Anzahl von mind. 6571 Menschen sogar noch für 'verhältnismäßig'.
27 Dies zeigt pure Menschenverachtung. Journalist*innen, die über diese unhaltbaren Zustände
28 berichteten, wurde zeitweise festgenommen und ihr Material beschlagnahmt. Trotz dieser
29 Todeszahlen hält die FIFA an ihren Plänen für die WM fest und sieht Katar in der Verantwortung, die

30 Arbeitsbedingungen zu verbessern. Auch deutsche Fußballfunktionäre stellten und stellen die WM und
31 ihren Austragungsort nicht in Frage.

32

33 Auch abseits der Baustellen der WM-Stadien ist die Menschenrechtslage in Katar verheerend. Das
34 Rechtssystem basiert in großen Teilen auf der Scharia, es gibt keine Meinungsfreiheit, queere
35 Menschen werden strafrechtlich verfolgt, bei Vergewaltigungen droht Frauen wegen außerehelichen
36 Geschlechtsverkehr ebenfalls Haft. Die absolutistische Monarchie Katar wird außerdem wegen ihrer
37 Unterstützung von Terrororganisationen immer wieder kritisiert. Als die Taliban die Macht in
38 Afghanistan an sich rissen, wurden Anführer der Taliban mit der katarischen Luftwaffe nach
39 Afghanistan geflogen. In der Hauptstadt Katars, Doha, unterhielten die Taliban bereits seit Jahren ein
40 politisches Büro. Noch im Sommer 2021 zeigte sich die Öffentlichkeit und die Politik in Deutschland
41 betroffen, bestürzt und empört darüber, dass die Bevölkerung in Afghanistan unter Führung der
42 Taliban wieder unter einer fundamentalistischen, islamistischen Diktatur zu leiden haben wird. Es ist
43 zutiefst widersprüchlich, dass der Kampf gegen diese Verhältnisse in Afghanistan jahrelang einen Krieg
44 gerechtfertigt hat, diese Verhältnisse in Qatar jedoch mit der Austragung des prestigeträchtigsten
45 Sportevents der Welt belohnt werden.

46 Auch ein erheblicher Anteil der Sponsor*innen des Turniers, deren Werbegelder wiederum mit in die
47 Preisgelder und Teilnahmepremien der nationalen Fußballverbände fließen, nutzen die WM um sich
48 ihr Image reinzuwaschen. Diese Entwicklung war bereits bei der Europameisterschaft 2020 deutlich zu
49 erkennen. Mit Qatar Airways und Hisense finden sich zwei Staatsunternehmen autoritärer Diktaturen
50 unter den Sponsoren. Mit Vivo und Wanda zwei weitere private Firmen mit Verbindungen zur
51 Kommunistischen Partei Chinas. Auch auf Vereinsebene außerhalb der internationalen Wettbewerbe
52 zeigt sich diese Einflussnahme. Zwar gibt es bislang in Deutschland Stauten, die den Vereinsfußball der
53 Deutschen Fußball Liga (DFL) gegen eine allzu große Einflussnahme der Investor*innen schützen. Die
54 Vereine stehen jedoch regelmäßig unter großem Druck diese Regelungen abzuschaffen. Dabei ist zu
55 beachten, dass Länder wie Katar nicht wie herkömmliche Investor*innen ein rein finanzielles Interesse
56 an Investitionen in den Sport haben. Vielmehr geht es darum das internationale Image aufzupolieren.
57 Entsprechend fließen Gelder häufig auch verdeckt und an bestehenden Regeln vorbei. Der Fußball
58 kann kein globaler Friedensbotschafter sein, wenn er von Diktaturen finanziert wird. Damit geht auch
59 einher, dass sich die nationalen Fußballverbände und Ligen in der Planung ihrer Spielpläne nicht von
60 Weltmeisterschaften treiben lassen, die die Menschenrechte nicht achten.

61

62 Die WM in Katar kostet Menschenleben, unterstützt ein System, das Menschenrechte systematisch
63 missachtet und Terrororganisationen fördert. Aufgrund des hohen Stellenwerts, den eine Fußball-WM
64 der Männer genießt, ist klar, dass das Land von der WM massiv - insbesondere finanziell - profitieren
65 wird. Die deutsche Nationalmannschaft der Männer, die seitens des DFBs an dem Turnier teilnimmt,
66 repräsentiert dabei mehr als nur den Dachverband des organisierten Fußballs. Immer wieder wurde
67 diese Nationalmannschaft in der Vergangenheit von Kanzler*innen oder Mandatsträger*innen
68 empfangen oder diese besuchten Spiele im Stadion. Ebenso erhält der DFB im Rahmen verschiedener
69 Projekte immer wieder öffentliche Gelder. Ein Sport und insbesondere das finanzielle Geschäft damit
70 darf nie höhergestellt werden als Menschenrechte.

71

72 **Wir fordern daher:**

73

- 74 • Deshalb fordern wir den DFB auf, die WM in Katar zu boykottiert. Zu diesem Aufruf fordern
75 wir ebenfalls die SPD-Bundestagsabgeordneten auf. Sollte der DFB dies nicht tun, fordern wir,
76 dass alle öffentlichen Gelder gestrichen werden. Davon sind Gelder für Jugendförderung
77 ausgenommen.
- 78 • Die Spieler und Trainer der Nationalmannschaft werden aufgefordert, die WM zu
79 boykottieren.
- 80 • Wir fordern alle Mandatsträger*innen auf, keine Reisen nach Katar zur WM zu unternehmen
81 und dieser keine öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen.
- 82 • Staatliche Stellen haben auf die Menschenrechtsverletzungen in Katar - besonders im Kontext
83 der WM - hinzuweisen
- 84 • Das für Sport zuständige Bundesinnenministerium soll gemeinsam mit dem DFB eine
85 Öffentlichkeitskampagne entwickeln, die die Gründe für die nicht-Teilnahme der
86 Nationalmannschaft verdeutlicht
- 87 • Der DFB und sportpolitische Mandatsträger*innen sollen konkrete Kriterien entwerfen, die bei
88 der zukünftigen Vergabe Turnieren in die Entscheidung einfließen und zum Ausschluss führen
89 können. Zu diesen Kriterien sollen die Lage der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit,
90 Demokratie und Umweltschutz stärker berücksichtigen.
- 91 • Sofern Katar auch Austragungsort anderer sportlicher Großveranstaltungen (wie z.B.
92 Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen) wird, sollen diese ebenfalls boykottiert
93 werden.
- 94 • Wir fordern, dass nachgewiesene Bestechung von DFB-Funktionär*innen nicht ungeahndet
95 bleibt

Antragssteller*innen: Jusos Mitte, Jusos SZ

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

F1_2/21 KOSTENLOSE MENSTRUATIONSPRODUKTE AN ÖFFENTLICHEN EINRICHTUNGEN

1 Am 24. November 2020 verabschiedete das schottische Parlament einen Gesetzesentwurf namens
2 „Period Products (Free Provision) (Scotland) Bill“, der allen menstruierenden Menschen kostenlose
3 Menstruationsartikel wie Tampons und Binden in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und
4 Universitäten zuspricht. Als erstes Land der Welt hat Schottland damit die Debatte über die finanziellen
5 Nachteile des Menstruierens und die Normalisierung von Menstruationen gesetzlich aufgegriffen.

6 In Schottland hat 2020 eine Studie des *Young Scott* festgestellt, dass mindestens 20% der
7 menstruierenden Schüler*innen und Student*innen Schwierigkeiten mit der Finanzierung von
8 Menstruationsartikeln hatte. Viele der Befragten sahen sich auch nicht in der Lage, ihre
9 Menstruationsprodukte so oft, wie eigentlich angebracht, auszuwechseln. Jede zehnte Person kann
10 sich gar keine Menstruationsprodukte leisten. Laut einer Studie des britischen Portals *Money Saving*
11 *Heroes* geben menstruierende Menschen im Jahr im Durchschnitt 552 Euro aus, was sich bei
12 durchschnittlich 456 Perioden im Leben einer menstruierenden Person auf etwa 20.700 Euro addiert.
13 Das führt dazu, dass sich viele Menschen keine oder qualitativ nur minderwertige Menstruationsartikel
14 leisten können.

15 Dieses Phänomen, bekannt auch als Periodenarmut oder „period poverty“, kann dazu führen, dass die
16 menstruierende Person nicht oder nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann.
17 Periodenarmut ist – wie generell Armut, als auch die Periode betreffende Themen – gesellschaftlich
18 tabuisiert und kann eine enorme psychische Belastung für die Betroffenen darstellen. Die Nutzung von
19 Ersatzprodukten wie beispielsweise Stoffresten, Toilettenpapier oder Socken kann durch
20 Verunreinigung und Bildung von Keimen zudem die Gesundheit der betroffenen Person gefährden.

21 Deutschland hat zwar die Mehrwertsteuer auf Menstruationsprodukte am Jahresanfang von 2019 auf
22 sieben Prozent gesenkt, diese Maßnahme hat jedoch aufgrund von Preiserhöhungen der

23 Hersteller*innen zu keiner wirklichen Ersparnis geführt. Langfristig günstigere Alternativen wie
24 Menstruationstassen sind oft nicht bekannt und aus biologischen, gesundheitlichen oder anderen
25 Gründen auch nicht für alle Menschen eine Alternative.

26 Kostenlose Menstruationsprodukte sind eine Frage der Chancengleichheit und wären eine konkrete
27 Maßnahme zur Gleichstellung der Geschlechter. Da menstruierende Student*innen in ihrem
28 Bachelorstudium alleine durchschnittlich 141 Euro für Menstruationsprodukte ausgeben, wären sie
29 gerade für Studierende, die BAföG beziehen und oft unter Periodenarmut leiden, eine große Hilfe. Eine
30 weitere Folge der Anerkennung von Menstruationsprodukten als Teil des grundsätzlichen
31 Hygienebedarfs wäre die Enttabuisierung und Beginn eines gesellschaftlichen Diskurses über
32 Menstruationen. Weitere positive Effekte wären unter anderem eine Verbesserung der mentalen
33 Gesundheit, die Verminderung der Sorge vor der Menstruation und die Erleichterung der
34 Durchführung von Alltagsaktivitäten. Zusätzlich birgt der kostenlose Zugang zu Menstruationsartikeln
35 einen großen Vorteil für alle, die das erste Mal ihre Periode bekommen. Da die Betroffenen meist nicht
36 darauf vorbereitet sind und oftmals keine Hygieneartikel dabei haben, es ihnen aber ggf. unangenehm
37 sein kann, das erste Mal danach zu fragen, sind kostenfreie Menstruationsartikel eine gute Variante.

38 In Schottland haben laut einer Studie der *Young Scots* 87% der Befragten mindestens einmal auf die
39 angebotenen Produkte zurückgegriffen. Kostenlose Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen
40 wäre somit eine einfache, vergleichsweise kostengünstige und niederschwellige Chance, die
41 Geschlechter- und Bildungsgerechtigkeit zu verbessern.

42 Immer öfter entschließen sich einzelne Universitäten, Schulen oder Arbeits- und Ausbildungsplätze,
43 vor Ort Menstruationsprodukte kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Damit dies nicht der einzelnen
44 Entscheidung der örtlichen Verantwortlichen überlassen wird, **fordern wir die verpflichtende
45 kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln an öffentlichen Einrichtungen wie Schulen,
46 Universitäten, Stadtteilzentren, Bürger*innenämtern, Jugendclubs und Apotheken.** Die zuständigen
47 Bezirksämter sollen diese Regelung über die Bezirkshaushalte und ggf. mit finanzieller Unterstützung
48 des Landes umsetzen. Entsprechende Fördermittel des Bundes sollen eingefordert werden.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

F2_2/21 FÜR EINE ECHE FÖRDERUNG WEIBLICHER UND DIVERSER LITERATUR: BERLINER LITERATURPREIS FÜR FRAUEN UND NICHT-BINÄRE PERSONEN!

1 Der literarische Kanon ist sehr männlich geprägt. Viele Schüler*innen beenden ihre Schulzeit, ohne als
2 Schullektüre auch nur ein einziges Buch einer Autorin gelesen zu haben. Die Initiative #frauenlesen hat
3 es sich zur Aufgabe gemacht zu untersuchen, wie es um die Repräsentation der Geschlechter in den
4 Medien und der Literaturbranche steht. Die Ergebnisse decken sich mit vielen anderen Bereichen
5 unserer Gesellschaft: Frauen und nicht-binäre Personen werden strukturell benachteiligt. Bei den 13
6 höchstdotierten Literaturpreisen in Deutschland gewinnen Männer fünfmal häufiger als Frauen*.

7 Die Förderung vielfältiger Literatur muss ein zentrales Anliegen einer modernen und bunten Stadt wie
8 Berlin sein. Was wir lesen prägt unseren Blick auf die Welt. Es ist also an der Zeit, dass im öffentlichen
9 Diskurs nicht mehr überwiegend die Literatur weißer cis-männlicher Personen besprochen wird.
10 Frauen* und nicht-binäre Personen schreiben schließlich von jeher auch; ihren Werken wird nur
11 weniger Beachtung geschenkt. Es ist eben kein Zufall, dass z.B. die Werke Lew Tolstois zur großen
12 Weltliteratur zählen, kaum Leser*innen aber die Bücher seiner Frau Sofja Tolstaja, die selbst eine
13 hervorragende Schriftstellerin war, kennen. Was als literarisch wertvoll gilt, bestimmen Männer seit
14 Jahrhunderten.

15 Die geschlechterspezifischen Unterschiede in der Literaturbranche beginnen schon vor den
16 Preisverleihungen. So werden Bücher von Männern eher im Hardcover veröffentlicht, während jene
17 von Frauen eher im deutlich weniger prestigeträchtigen Format Taschenbuch verlegt werden. Für
18 Literaturpreise werden meist jedoch Bücher nominiert, die als hochliterarisch gelten und im Hardcover
19 erschienen sind. Zudem werden im Feuilleton mehr Bücher von Männern besprochen: Knapp zwei
20 Drittel der Besprechungen drehen sich um Bücher von Männern. Auch die Personen, die die Kritiken
21 verfassen, sind überwiegend männlich. Schließlich sind auch Rezensionen, welche von Männern
22 verfasst werden im Schnitt länger als die von Frauen* und ihnen wird damit mehr medialer Raum
23 gegeben. Schaffen es Bücher von Frauen* allerdings dennoch nominiert zu werden, so zeigt sich das
24 „Genderauge“. Das Phänomen des „Genderauge“ beschreibt, dass am meisten Literaturpreise an
25 Bücher gehen, die sowohl von einem Mann verfasst wurden als auch aus der Perspektive eines Mannes
26 geschrieben sind. Darauf folgen Bücher, die zwar von Frauen* geschrieben wurden, jedoch aus der
27 Perspektive eines Mannes erzählen. Am wenigsten Preise gewinnen solche Bücher, die von Frauen*
28 und über Frauen* sind. Die Welt aus einer männlichen Perspektive wird öfter ausgezeichnet als die aus
29 anderen Perspektiven. So gibt es viel weniger Identifikationsmöglichkeiten für nicht cis-Männer in
30 preisgekrönter Literatur.

31 Auch die Jurys für Literaturpreise sind nicht gerade feministische Vorzeigegremien: Bei den acht höchst
32 dotierten deutschen Literaturpreisen sind zusammen gerechnet gerade einmal 23 % der Mitglieder der
33 Jury weiblich. Darüber hinaus sind nicht-binäre Juror*innen und Rät*innen in den Jurys überhaupt
34 nicht vertreten.

35 Die staatlich geförderten Akademien glänzen auch nicht durch mehr Diversität: Bei der Berliner
36 Akademie der Künste sind etwa nur 22 % der Mitglieder weiblich.

37 Es ist eine staatliche Aufgabe, Chancengleichheit zu fördern. In diesem Fall ist es also notwendig, der
38 Literatur von Frauen* und nicht-binären Personen zu mehr Öffentlichkeit zu verhelfen.

39 Bei Literaturpreisen werden Frauen* und nicht-binäre Personen konsequent zu wenig nominiert und
40 auch ausgezeichnet. Es geht nicht nur um unmittelbare Vorteile wie Ruhm und Geldpreise für
41 Nominierte und Gewinner*innen, sondern auch darum den literarischen Blick auf die Welt diverser zu
42 gestalten und Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken.

43 Es ist höchste Zeit, die männliche Dominanz im Literaturkanon aufzubrechen!

44 Daher fordern wir u.a.

- 45 • von der Senatsverwaltung für Kultur eine Schaffung eines Buchpreises ausschließlich für
46 deutschsprachige Werke weiblicher und nicht-binärer Autor*innen, der mit 37.500 € genauso
47 hoch wie der deutsche Buchpreis dotiert ist. Zudem soll eine paritätisch besetzte Jury den Preis
48 verleihen.
- 49 • Außerdem muss für solch einen Preis der Anspruch gelten, auch nicht-weiße Autor*innen und
50 ihre Werke verstärkt zu berücksichtigen.

51 So wird Literatur, die von Frauen* oder nicht-binären Autor*innen verfasst wurde, mehr Raum in der
52 Öffentlichkeit sowie Anerkennung entgegengebracht. Gute Literaturförderung ist auch feministische
53 Literaturförderung.

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

F4_2/21 SEXISTISCHE UND QUEERFEINDLICHE STEUERFORMULARE DISKRIMINIERUNGSFREI GESTALTEN

- 1 Die Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, schnellstmöglich die Formulare zur
- 2 Einkommenssteuererklärung so anzupassen, dass nicht mehr von "Ehemann/Person A" und
- 3 "Ehefrau/Person B" gesprochen wird, sondern eine vollständig gender- und rollenneutrale
- 4 Formulierung genutzt wird. Alle anderen offiziellen Schriftstücke der Steuerverwaltung sollen auf
- 5 Diskriminierungsfreiheit überprüft und entsprechend angepasst werden.

- 6 Der aktuelle Aufbau der Steuererklärungen ist nicht mehr zeitgemäß. Weder leben alle
- 7 Steuerzahler*innen in heterosexuellen Ehen, noch ist anzunehmen, dass ein Ehemann als
- 8 Hauptverdiener fungiert. Die bestehende Formulierung ist zutiefst sexistisch und queerfeindlich. Sie
- 9 signalisiert, dass der Staat nur bestimmte Lebensentwürfe als gewöhnlich erachtet und macht dadurch
- 10 alle anderen Modelle unsichtbar. Es handelt sich nicht um eine rein sprachliche Belanglosigkeit, denn
- 11 Sprache schafft ein allgemeines Bewusstsein über sich selbst und die soziale Umwelt. Offizielle
- 12 Schriftstücke, die durch den Staat verwendet werden, müssen die Gesellschaft so abbilden, wie sie ist,
- 13 damit sie zugänglich für alle sind. Unsere Gesellschaft ist vielfältig und wir sehen es als unsere Aufgabe
- 14 an, diese Vielfalt zu stärken und allen eine Stimme zu geben.

Antragssteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos Berlin:

F5_2/21 SEXARBEIT IST ARBEIT!

1 In unserer Gesellschaft denken viele bei "Prostitution" häufig an ein System, das Menschen dazu
2 nötigt, ihren Körper und sexuelle Handlungen zu verkaufen. Dies ist jedoch ein Verständnis, das zu kurz
3 greift. Gemeint ist dann häufig die Zwangsprostitution, welche wiederum strafbar ist. Eine sprachlich
4 korrekte Trennung zwischen diesen beiden Begriffen ist wichtig, um kein fälschliches Bild von
5 selbstbestimmter Sexarbeit zu zeichnen. Darüber hinaus ist es wichtig, eben diese selbstbestimmte
6 Sexarbeit zu entstigmatisieren. Eine Lösung wie das Nordische Modell oder Sexkaufverbot, das
7 lediglich Kund*innen kriminalisiert und dabei Sexarbeiter*innen außenvorlassen möchte, führt
8 allerdings zu vermehrter Illegalität und Verdrängung der selbstbestimmten Arbeit und gefährdet so
9 Sexarbeiter*innen – so ist es in Ländern erkennbar, die diese Regelung eingeführt haben.

10 Gerade im illegalen Bereich, in dem die Sexarbeiter*innen, die diese Arbeit ausüben, nicht
11 selbstbestimmt sind, sind die psychischen Erkrankungen, wie Sucht, Posttraumatische
12 Belastungsstörung (PTBS) und Depressionen signifikant häufiger vertreten als in der
13 Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig haben diese Menschen einen deutlich erschwerten Weg ins
14 Hilfesystem oder kommen erst gar nicht dahin. Während der Corona-Zeit hatten außerdem auch
15 Sexarbeiter*innen massive Probleme, sei es durch Einkommensnot oder Berufsverbote mit
16 darauffolgender unvermeidbarer Arbeit im illegalen Bereich. Deshalb gilt es besonders jetzt, erneut
17 darauf hinzuweisen, in welchen prekären Situationen sich Sexarbeiter*innen befinden, und die
18 Gewährleistung einer sicheren Ausübung dieses Berufs zu fordern.

19 Unser Ziel als Jusos ist es, diese Arbeit, wie jede andere auch, bestmöglich zu unterstützen und
20 Sexarbeiter*innen zu schützen. Wir müssen Sexarbeiter*innen helfen, die diese Arbeit nicht zwanglos
21 ausüben können und verschiedene Hilfsangebote schaffen. Die Selbstbestimmung des eigenen
22 Körpers sollte immer unabdingbar sein – dabei dürfen Menschen, die diese Arbeit als ihren Beruf
23 ansehen, nicht ausgeschlossen werden. Durch das Zusammenspiel dieser Aspekte ist die Lösung, alle
24 Menschen, die diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen, zu kriminalisieren, ein Rückschritt für
25 diejenigen, die diesen Beruf ohne Zwang oder sozio-ökonomischen Druck ausüben und bringt sie
26 zudem in Gefahr.

27 Wir wollen alle Sexarbeiter*innen adäquat unterstützen und schützen und deshalb steht für uns fest:
28 **Wir fordern einen Ausbau der finanziellen Förderung von Programmen, die Einsteiger*innen in die**
29 **Sexarbeit begleiten.**

30 Im Bereich der Sexarbeit gibt es Programme wie z.B. von Hydra e.V., die Treffen und Beratungen
31 organisieren, um die Menschen auf ihren Beruf vorzubereiten. Hier besteht die Möglichkeit, sich offen
32 und ohne Scham über schon bereits gemachte Erfahrungen auszutauschen und zu lernen, wie man
33 sich schützen kann. Es ist unabdingbar, dass in diesem Bereich eine stärkere und bessere Vernetzung

34 stattfinden kann. Deshalb ist eine staatliche Förderung solcher Programme sinnvoll und sollte finanziell
35 ausgebaut werden.

36 **Wir fordern eine Förderung der Ausübung selbstbestimmter Sexarbeit, in dem das Meldeverfahren**
37 **einer solchen Tätigkeit wie für eine Selbstständigkeit reduziert und die gesundheitliche Betreuung**
38 **vereinfacht wird.**

39 Teile der Sexarbeit sind zwar legal, allerdings kann man diesen Bereich durch vereinfachte Bürokratie
40 und aktive Unterstützung vergrößern. Dabei hilft es z.B., dass angemietete Wohnungen der
41 Arbeiter*innen unkomplizierter als Geschäftsräume akzeptiert und als Arbeitsstelle registriert werden.
42 Des Weiteren sollten regelmäßige ‚Gesundheits-CheckUps‘ auch bei Hausärzt*innen oder
43 Gynäkolog*innen gemacht werden können und nicht nur wie so häufig in gesonderten Stellen. Die
44 allgemeine Absonderung durch das Prostituiertenschutzgesetz berücksichtigt nicht den Fall einer völlig
45 eigenständigen Arbeit, sondern drängt die Menschen wieder in eine Opferrolle.

46 **Wir fordern eine Förderung der Entstigmatisierung des Berufs und einer aktiven Aufklärungsarbeit,**
47 **die schon im Schulunterricht beginnt.**

48 Ein großer Teil der Bevölkerung schließt Menschen mit diesem Beruf aus Teilen des gesellschaftlichen
49 Lebens aus, hat Vorurteile und stigmatisiert diese Menschen. Deshalb ist es unabdingbar schon früh
50 Schüler*innen den Unterschied zwischen selbstbestimmter Sexarbeit und Zwangsprostitution
51 aufzuzeigen. In Verbindung mit Aufklärungsunterricht sollten Programme entwickelt werden, die alle
52 Aspekte der Sexarbeit thematisieren, die Gefahren, aber auch, dass es Menschen gibt, die diesen Beruf
53 selbstbestimmt ausüben. Des Weiteren sollten Menschen, die aussteigen wollen, Unterstützung, auch
54 gesetzlich, gegen Diskriminierung erhalten. Es ist immer noch der Fall, dass ehemalige
55 Sexarbeiter*innen große Lücken in ihrem Lebenslauf bei Bewerbungen in Kauf nehmen, weil sie
56 wissen, dass sie keine Ausbildung oder einen Job bekommen, wenn sie angeben, was sie beruflich
57 gemacht haben. Die gesellschaftliche Entstigmatisierung und Akzeptanz selbstbestimmter Sexarbeit,
58 würde also auch bedeuten, dass Menschen selbstbestimmt aus diesem Beruf aussteigen können und
59 nicht dadurch fürchten müssen, keine Anstellung im Anschluss zu finden.

60 **Wir fordern die stärkere finanzielle, materielle und personelle Förderung von Programmen für**
61 **Aussteiger*innen aus der Zwangsprostitution, Prostitution und Sexarbeit im Rahmen von**
62 **Notunterkünften und niedrigschwelligen Beratungsstellen.**

63 Ebenfalls ist es eine wichtige Aufgabe, allen Menschen, die diese Arbeit nicht mehr machen wollen
64 oder nie machen wollten, schnelle und einfache Möglichkeiten zu bieten, aus der Prostitution bzw.
65 Sexarbeit auszusteigen. Hierfür gibt es bereits vorhandene Strukturen, die erweitert und staatlich
66 gefördert werden sollten. Beratungsstellen helfen dabei den Sexarbeiter*innen Bewerbungen zu
67 formulieren, sie zu schützen und vor potenzieller Gewalt abzusichern. Auch hier wird deutlich das
68 Strukturen wie Frauen*häuser ausgebaut und die Platzzahl erhöht werden muss. Die Beratungsstellen
69 begleiten diese Menschen oft über einen langen Zeitraum, weshalb mehr geschulte
70 Sozialarbeiter*innen in diesem Bereich benötigt werden. Organisationen wie z.B. Olga e.V.
71 (Unterstützung primär bei Drogenabhängigkeit von Frauen*) oder Hydra e.V. sind sehr nah und
72 niedrigschwellig bei Sexarbeiter*innen und können so besser eingreifen und unterstützen. Häufig ist
73 es so, dass eine lange Begleitung notwendig ist, weshalb es umso wichtiger ist Strukturen wie
74 Notunterkünfte, niedrigschwellige Beratungen und Zukunftsperspektiven staatlich zu fördern und die
75 vorhandenen Strukturen auszubauen und zu fördern.

76 **Wir fordern eine Änderung des Prostitutionsgesetzes (ProstG), sodass die Eigenständigkeit und**
77 **Selbstständigkeit von Sexarbeiter*innen stärker herausgestellt und gefördert wird.**

78 2016 wurde das Prostitutionsgesetz novelliert. Das neue Prostitutionsschutzgesetz sieht u.a. eine
79 Kondompflicht, eine Registrierung und regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen vor. Das Gesetz
80 weist allerdings Mängel aus. So fehlt bspw. eine klare Differenzierung zwischen selbstständig
81 ausgeführter Arbeit (einzelner oder Zusammenschlüsse von Sexarbeiter*innen) und Sexarbeit über
82 "Zwischenhändler*innen". Dabei sollte der Fokus darauf liegen, selbstständige Arbeitsmodelle bzw.
83 selbstständig organisierte Gruppen zu fördern. In der Konsequenz kann das Geschäftsmodell nur als
84 durch Sexarbeiter*innen selbst organisiertes weiter bestehen. Sexarbeiter*innen müssen außerdem
85 Anspruch auf Sozialleistungen erhalten.

86 **Wir fordern die Förderung und den Ausbau von professioneller therapeutischer Begleitung im**
87 **Bereich der Sexarbeit und Prostitution.**

88 Dieser Beruf ist, auch wenn selbstbestimmt, psychisch belastender als viele andere Berufe. Die
89 häufigen Grenzüberschreitungen, die stattfinden können, müssen ähnlich auch wie in anderen
90 Berufen, aufgearbeitet werden. Deshalb sollten es spezielle Begleitmöglichkeiten geben, die
91 Sexarbeiter*innen niedrigschwellig in Anspruch nehmen können. Eine Integration von
92 Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und approbierte Psychotherapeut*innen, die auf diesen
93 Bereich spezialisiert sind, sollte in den Beratungs- und Vernetzungsstellen etabliert werden. Damit
94 könnten Situationen, in denen Grenzen überschritten wurden, beziehungsweise Arbeit, der nicht
95 selbstbestimmt nachgegangen wird, besser aufgearbeitet und begleitet werden. Durch diese Form der
96 Absicherung, garantiert man erneut, dass Menschen auf absolut freiwilliger Basis und selbstbestimmt
97 in diesem Beruf arbeiten können. Durch therapeutische Maßnahmen können Sexarbeiter*innen
98 ebenfalls lernen, kritische Situationen zu vermeiden.

99 **Wir fordern die Erweiterung und Förderung eines niedrigschwelligen Zugangs zur**
100 **Gesundheitsprävention von vulnerablen Gruppen.**

101 Die bestehende Testpflicht für Sexarbeiter*innen wurde von vielen Sexarbeitsverbänden kritisch
102 gesehen. Dies liegt darin begründet, dass eine Pflicht unterstellt, dass Sexarbeiter*innen zwingend alle
103 Krankheiten hätten, was zur Stigmatisierung der Personen und des Berufs beiträgt. Professionell
104 ausgeführte Sexarbeit findet meist in stark kontrollierten Kontexten statt, in welchen die
105 Sexarbeiter*innen selbst ein hohes Bewusstsein für Hygiene und gesundheitliche Vorsorge haben.
106 Zudem sind sie die einzige Berufsgruppe, bei der diese Art der Testpflicht besteht, was bereits eine
107 Unterstellung und Diskriminierung in sich darstellt.

108 Durch weniger professionalisierte Bereiche der Sexarbeit treten sexuell übertragbare Krankheiten
109 allerdings immer noch häufiger auf als anderswo.

110 Um die bestehende Testpflicht für Sexarbeiter*innen zugänglicher und diskriminierungsfreier zu
111 gestalten, ist eine Umgestaltung der Maßnahmen notwendig.

112 Dafür braucht es die Möglichkeit, sich in regelmäßigen Abständen kostenlos präventiv bei
113 Hausärzt*innen oder Gynäkolog*innen testen lassen zu können. Sexarbeiter*innen sollen Zugang zu
114 regelmäßigen (Selbst-)Tests haben, um sowohl sich selbst schnell testen zu können, als auch
115 potenzielle Kund*innen. Dabei müssen alle Testmöglichkeiten kostenlos zur Verfügung gestellt
116 werden.

117 Neben der direkten Testung der Sexarbeiter*innen ist es unabdingbar, auch die Gesamtbevölkerung
118 regelmäßig zu testen. Eine selbstverständliche und kostenlose Testung bei den üblichen ärztlichen
119 Check-Ups führt neben der Entdeckung von Infektion auch zu einer massiven Entstigmatisierung von
120 sexuell übertragbaren Erkrankungen.

121 **Ziel unseres politischen Handelns und Tuns, als Jungsozialist*innen, ist die Überwindung des**
122 **Patriarchats und des Kapitalismus, die ausbeuterische Strukturen ermöglichen und begünstigen. Die**
123 **im den voraus genannten Maßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag dazu, eine rein**
124 **selbstbestimmte Sexarbeit zu ermöglichen und sicher zu gestalten. Klares Ziel ist, dass Sexarbeit nur**
125 **freiwillig ausgeübt wird. Wer dies aber tut, verdient vollständige gesellschaftliche Akzeptanz, keine**
126 **Benachteiligung und eine vollständige Entstigmatisierung. Denn Sexarbeit ist Arbeit!**

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

G1_2/21 BEZAHLTER ELTERNCHAFTSURLAUB AUCH BEI FEHLGEBURTEN

1 Ein Kind nicht lebend zur Welt zu bringen, ist für die Betroffenen eine belastende Erfahrung. Die
2 psychologischen und körperlichen Belastungen verfolgen die Betroffenen oft für eine lange Zeit.

3 Rechtlicher Unterschied in Deutschland

4 Im deutschen Recht wird zwischen einer Fehlgeburt, Totgeburt unterschieden. Denn im rechtlichen
5 Sinne wird eine Fehlgeburt nicht als Entbindung betrachtet. Eine Fehlgeburt findet statt, wenn
6 außerhalb des Gebärendenleibs keine Lebensmerkmale erkannt werden können, das
7 Geburtsgewicht weniger als 500 Gramm beträgt und die Entbindung vor der 24.
8 Schwangerschaftswoche stattfindet. Gebärendenschutzrechtliche Folgen, insbesondere die der
9 sogenannte Mutterschutzfrist, finden bei Fehlgeburten kaum statt. Lediglich der besondere
10 Kündigungsschutz von vier Monaten gilt ab der zwölften Schwangerschaftswoche.

11 Die normalerweise gegebenen acht Wochen Schutzfrist für Gebärende nach der Geburt können also
12 nicht in Anspruch genommen werden. Für eine Auszeit von Erwerbsarbeit werden mit der
13 Voraussetzung, ein ärztliches Attest zur Bescheinigung der seelischen und körperlichen Belastungen
14 zu benötigen, unnötige Barrieren errichtet.

15 Bei einer Fehlgeburt vor der 12. Schwangerschaftswoche endet der Mutterschutz grundsätzlich mit
16 dem Ende der Schwangerschaft. Da eine Fehlgeburt rechtlich nicht als Entbindung zählt, greift keine
17 Schutzfrist.

18 Bei einer Totgeburt, bei einem Geburtsgewicht von mindestens 500 Gramm oder einem Geburtstermin
19 ab der 24. Schwangerschaftswoche, gelten die allgemeinen Schutzfristen.

20 **"Die Trauer, die mit einer Fehlgeburt einhergeht, ist keine Krankheit, es ist ein Verlust."**

21 So fasst es die neuseeländische sozialdemokratische Abgeordnete, Ginny Andersen, zusammen. Denn
22 Vorbilder lassen sich im internationalen Vergleich beispielsweise in Neuseeland finden. Unter der
23 sozialdemokratischen Regierung wurde das Gesetz verabschiedet, dass Gebärende und ihre
24 Partner*innen drei Tage bezahlte Auszeit nehmen können. In diesem Gesetz wird auch nicht nach
25 biologischer Elternschaft oder Ehestatus unterschieden.

26 Auch Indien geht mit einer entsprechenden Gesetzgebung voran: Gebärende können dort bis zu sechs
27 Wochen Auszeit nehmen.

28 Die seelischen und körperlichen Belastungen lassen sich nicht an dem Geburtsgewicht oder der
29 Schwangerschaftswoche unterscheiden. **Wir fordern daher die Ausweitung der Schutzfristen auch bei**
30 **Fehlgeburten. Dabei fordern wir ebenso ein modernes Verständnis von Elternschaft, indem nicht**
31 **nach biologischer Elternschaft oder offiziellem Ehestatus unterschieden wird.**

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

G2_2/21 GEMEINSAM FÜR MEHR PATIENT*INNEN-SICHERHEIT – INTERPROFESSIONALITÄT LEBEN

1 Der rasante Fortschritt in der modernen wissenschaftlichen Medizin hat dazu geführt, dass wir
2 Menschen immer länger leben. Auch lässt sich beobachten, dass das Alter der Gesamtbevölkerung
3 sukzessiv immer weiter ansteigt.

4 Dass wir immer älter werden stellt uns vor neue Herausforderungen: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, wie
5 Herzinfarkte, oder Stoffwechselerkrankungen, wie Diabetes, treten mit einem fortgeschrittenen
6 Lebensalter immer häufiger auf. Bei der Behandlung dieser Krankheiten sind im Alltag der
7 Patient*innen viele Akteure des Gesundheitswesens beteiligt: Die Diagnose wird von den Haus- oder
8 Fachärzt*innen gestellt, Apotheker*innen informieren über die Medikamente und deren Anwendung
9 und Physiotherapeut*innen unterstützen den Genesungsweg oft durch weiterführende Maßnahmen.
10 Pflegekräften kommt hier besonders in einer stationären Betreuung in der Klinik, aber auch in der
11 ambulanten Betreuung zuhause eine besondere Bedeutung zu. Sie ebnen den Weg, damit alle anderen
12 Maßnahmen ihre Wirkung entfalten können. Momentan laufen diese Prozesse der
13 Patient*innenbehandlung nach einander ab und haben großes Potential, enger mit einander verzahnt
14 zu werden.

Interprofessionalität

16 Die verschiedenen Professionen im Gesundheitswesen zeichnen sich durch ihr immenses Fachwissen
17 in Ihrem spezifischen Gebiet aus. Von einer engeren Zusammenarbeit dieser Berufsgruppen – einer
18 Interprofessionalisierung – kann dann gesprochen werden, wenn durch diese Zusammenarbeit das
19 spezifische Fachwissen jeder Profession in die Therapie und den Genesungsprozess der Patient*innen
20 einfließt. Die verschiedenen Blickwinkel ergänzen sich zu einem umfassenden Gesamtbild und
21 befähigen das Versorgungsteam zu den bestmöglichen Entscheidungen zum Wohle der Patient*innen.
22 Dies ist leider im Land Berlin, aber auch in der gesamten Bundesrepublik, noch die Ausnahme.

#Interprof – Was bringt das?

24 Bei einem medizinischen Notfall muss es schnell gehen. Doch wenn die akute Gefahr gebannt ist,
25 werden Patient*innen oft noch eine längere Zeit im Krankenhaus behandelt. Für die stationäre
26 Aufnahme ist das Wissen um die Medikamente, die bereits eingenommen werden, sehr wichtig. Einige
27 Medikamente sind lebenswichtig, aber auch das Ergänzen der Medikation, wie es oft im Krankenhaus
28 geschieht, setzt ein gutes Wissen über die bereits berstende Medikation voraus.

29 Dies ist ein kritischer Punkt in der Versorgung, bei dem Ärzt*innen und Apotheker*innen eng
30 zusammenarbeiten müssen. Beide Berufsgruppen haben bei der Auswahl der Medikamente einen
31 anderen Blickwinkel und können nur gemeinsam die beste Entscheidung für die Behandlung der
32 Patient*innen treffen. Nicht nur im Krankenhaus sollten Ärzt*innen und Apotheker*innen eng
33 zusammen arbeiten, auch nach der Entlassung muss sich diese enge Absprache im ambulanten Bereich
34 fortsetzen, wenn von den Medikamenten der Klinik auf die Medikamente zu Hause umgestellt werden
35 muss. Leider gibt es große Unterschiede in der stationären und ambulanten Medikation.

36 Nach einem Sachstandsbericht des Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages gehen
37 Schätzungen davon aus, dass es in Folge von vermeidbaren Medikationsfehlern zu ca. 500.000
38 Krankenhausaufnahmen pro Jahr kommt, Schätzungen zu Todesfällen bewegen sich im fünfstelligen
39 Bereich.

40 **Was muss sich ändern?**

41 Dieses eine Beispiel zeigt, dass allein die gut funktionierende Zusammenarbeit von zwei Professionen
42 viel Leid ersparen und sogar Leben retten kann.

43 Interprofessionalisierung bedeutet auch, Bewusstsein für die Kompetenzen der jeweils anderen zu
44 schaffen. Der Gegenseitige Respekt muss durch gemeinsame Schulungen gestärkt werden;
45 vorhandene Ressentiments müssen abgebaut werden. Wir fordern daher besonders in Landeseigenen
46 Krankenhäusern die Interprofessionalität im Berufsleben zu stärken, beispielsweise durch
47 professionsübergreifende Visiten. Darüber hinaus muss es, ähnlich wie bereits im Land Niedersachsen
48 eingeführt, verpflichtend Apotheker*innen auf Krankenhausstationen geben.

49 Darüber hinaus müssen Anreize geschaffen werden, um auch in der Gesundheitsforschung
50 Interprofessionalität im Sinne der Patient*innensicherheit Projekte zu fördern.

51 Hierbei sollen auch Studierenden- und Auszubildendenvertretungen, Betriebs- und Personalräte und
52 die Gewerkschaften aktiv eingebunden werden.

53 Der Interprofessionelle Gedanke muss jedoch bereits vom ersten Tag an in Ausbildung und Studium
54 gelehrt und gelebt werden. Wir fordern, dass in den Ausbildungs-, Studien-, und
55 Approbationsordnungen besondere Lehrveranstaltungen mit fächerübergreifenden Lehrinhalten und
56 Auszubildenden bzw. Studierenden implementiert werden. Den Berliner Senat fordern wir zudem auf,
57 in der Gesundheitsminister*innen Konferenz entsprechende Anpassungen der Ausbildungs- und
58 Studienordnungen einzubringen und für ihre zeitnahe Umsetzung einzustehen.

59 **Forderungen**

60 **Wir fordern,**

- 61 1. Dass die Interprofessionalität im Gesundheitssystem gestärkt wird.
- 62 2. die schrittweise, aber konsequente Einführung von Apotheker*innen auf
63 Krankenhausstationen, ähnlich wie im Bundesland Niedersachsen.
- 64 3. Die Beteiligung von Auszubildenden- und Studierendenverbänden sowie der Gewerkschaften
65 an der Entwicklung von interprofessionellen Projekten.
- 66 4. Die Implementierung der Interprofessionalität in die Ausbildungs-, Approbations- und
67 Studienordnungen.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

I1_2/21 ANTIRASSISMUS IM BUND, IM LAND, IM BEZIRK: ÜBERALL!

1 Rassismus ist auch in Deutschland und nicht erst seit der Black- Lives-Matter Bewegung allgegenwärtig
2 und schlägt sich brutal in unserer Gesellschaft wieder. Ja, wir haben ein Rassismusproblem und dieses
3 Problem ist strukturell, historisch und vielschichtig in unserer Gesellschaft verankert. Dabei ist es
4 wichtig Rassismus zu benennen und dagegen zu kämpfen. Die BLM-Proteste vor einem Jahr haben
5 dabei gezeigt, wie viele Menschen bereit sind, diesen Kampf aufzunehmen und den Rassist*innen
6 mutig und entschlossen entgegen zu treten. Auch wir unterstützen die Black-Lives-Matter-Bewegung
7 und stehen für den Kampf gegen Rassismus in der Gesellschaft. Dazu gehört auch der Kampf gegen
8 rassistische Strukturen in unserer eigenen Partei und eine Reflektion über unsere eigene rassistische
9 Sozialisation.

10 Gleichzeitig haben wir in der Coronakrise gesehen und zum Teil erlebt, wie sich der Rassismus
11 weiterhin und unaufhaltbar bedrohlich normalisiert hat und damit unseren gesellschaftlichen
12 Zusammenhalt weiter bedroht. Dies sehen wir mit großer Besorgnis! Plakativ zeigen dies die Zahlen
13 der rassistischen Angriffe, welche in jedem Bundesland stiegen: 809 waren es 2020. Hierbei handelt es
14 sich um die registrierten körperlichen Angriffe. Psychische Gewalttaten werden dabei nicht erfasst. Dabei
15 werden aus Worten schnell Taten und diese Taten sind tödlich – das zeigen die neun Opfer rassistischer
16 Gewalttaten alleine im letzten Jahr deutlich auf. So ist jeder einzelne Angriff ein Verbrechen gegen ein
17 menschliches Miteinander.

18 Rassismus ist präsent: In den Schulen, in der Verwaltung, bei den Gerichten und in der Polizei. Es
19 schlägt sich nieder in den Unternehmen, in der künstlichen Intelligenz, in der Forschung und Lehre.
20 Kurzum es ist überall zu finden und wird in erster Linie erlernt. Diesem angelerntem strukturellem
21 Rassismus und der Diskriminierung entgegenzuwirken ist dabei eine komplexe und gemeinschaftliche
22 Aufgabe und bedarf verschiedenster Ansatzpunkte. Ein wichtiger Ansatzpunkt sind
23 Antirassismusbeauftragte mit einem entsprechenden Team, welche zum einen eine erste Anlaufstelle
24 für Betroffene und zum anderen Motor für Antirassismusschulungen und geeignete Kontrollinstanzen
25 sind.

26 Zwar gibt es in verschiedensten Bundesländern, wie auch auf Bundesebene, eine
27 Antidiskriminierungsstelle. Doch gestalten diese sich oftmals als zu schwach aufgestellt und mit einem
28 zu umfangreichen Aufgaben- und Problemfeld konfrontiert, als dass sie tiefgreifende strukturelle
29 Änderungen herbeiführen kann.

30 **Wir fordern alle Mitglieder der SPD, insbesondere die Mitglieder in Funktion von Regierung,**
31 **Verwaltung, Parlament, Stadt-, Bezirks-, und Landräten auf sich für eine umfassende Stärkung oder**
32 **Gründung (wo noch nicht vorhanden) einer Antirassismusstelle. Die Tätigkeit von**
33 **Antirassismusstellen soll über den Auftrag der Antidiskriminierungsstellen hinausgehen. So soll mit**
34 **Hilfe von Bildungsmaßnahmen der Errichtung von Kontrollinstanzen, auch in Schul- und**
35 **Schulungsprogrammen, auf die Verringerung von akutem und strukturellem Rassismus**
36 **hingearbeitet werden. Um ihren Auftrag ausführen zu können, müssen die Antirassismusstellen auf**
37 **jeder Ebene dauerhaft und ausreichend personell und finanziell ausgestattet werden.**

Antragssteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

I2_2/21 GEBÜHREN FÜR INFORMATIONSFREIHEITS-ANFRAGEN ABSCHAFFEN

1 Für erfolgreiche Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes und den
2 Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetze der Länder, den Umweltinformationsgesetzen sowie
3 dem Verbraucherinformationsgesetz sollen keine Gebühren erhoben werden. Ausnahmen sollen nur
4 möglich sein, sofern die Anfrage mit Gewinnerzielungsinteresse gestellt wird. In Fällen in denen Anträge
5 nach den genannten Gesetzen wiederholt in missbräuchlicher Art und Weise gestellt werden, soll eine
6 Behörde ebenfalls nach Ankündigung eine Gebühr festsetzen dürfen, gegen die der Rechtsweg
7 offensteht.

8 Die eingangs genannten Gesetze erlauben es allen Menschen, von Behörden die Herausgabe von
9 Informationen zu verlangen, sofern keine schutzwürdigen öffentlichen oder privaten Belange dem
10 entgegenstehen.

11 Sie sind ein wichtiges Werkzeug, das es der Zivilgesellschaft erlaubt, das Handeln der Exekutive zu
12 kontrollieren. Sie werden regelmäßig von NGOs genutzt, um Missstände in der Verwaltung aufzuklären
13 oder schlicht staatliches Handeln transparent zu machen.

14 Wenn eine Anfrage nach dem IFG erfolgreich ist, so kann die Behörde erfolgreichen
15 Antragsteller*innen Gebühren für den Verwaltungsaufwand in Rechnung stellen, der für das
16 Auffinden, Kopieren und ggf. Schwärzen der angefragten Unterlagen entstanden ist. Die genaue Höhe
17 der Gebühren und die Umstände unter denen, bei geringem Verwaltungsaufwand, von der
18 Erhebung der Gebühren abgesehen werden kann, variiert von Land zu Land.

19 Diese mögliche Gebührenerhebung stellt ein Problem dar. Die Gebühren, die anfallen, können
20 durchaus im dreistelligen Bereich liegen. Insbesondere wer wenige finanzielle Mittel hat, kann dadurch
21 davon abgehalten werden, von seinem gesetzlich normierten Auskunftsrecht Gebrauch zu machen und
22 sich so aus erster Hand über die Vorgänge im Staat zu informieren, für die er*sie sich interessiert.
23 Schlimmer noch: Die Gebühren werden von Behörden, denen Transparenz eher ein Hindernis als ein
24 erstrebenswertes Ziel ist, genutzt, um Antragsteller*innen zur Rücknahme ihrer Auskunftsersuchen zu
25 bewegen. Wenn sich abzeichnet, dass ihre Anfrage begründet ist, werden Antragsteller*innen darauf
26 hingewiesen, dass Sie mit hohen Gebühren zu rechnen haben und aufgefordert mitzuteilen, ob sie vor
27 diesem Hintergrund weiter an ihrem Antrag festhalten. Häufig führt die Ankündigung von Gebühren
28 dann zur Rücknahme des Antrags. Da es keine transparente Bemessungsgrundlage für die Berechnung

29 der anfallenden Gebühren gibt, stehen diese oft in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen
30 Arbeitsaufwand der Behörden.

31 Dieses Vorgehen widerspricht dem Ziel der Informationsfreiheitsgesetze, allen Menschen Zugang zu
32 amtlichen Informationen zu gewähren und sollte daher unterbunden werden. Dazu sollten die
33 Gebühren für Informationsfreiheitsanfragen grundsätzlich abgeschafft lassen. Lediglich in den Fällen,
34 in denen insbesondere Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht auf staatliches Wissen zugreifen
35 und durch eine Anfrage dafür sorgen, dass öffentliche Ressourcen für die Zusammenstellung des
36 Materials beansprucht werden, sollte dieser Aufwand für die Verwaltung weiterhin durch Gebühren
37 kompensiert werden.

38 Um die Informationsrechte der Bürger*innen weiter zu stärken und Aufwand durch doppelte Anfragen
39 entgegenzuwirken, fordern wir den Ausbau der Informationsfreiheitsgesetze des Bundes und der
40 Länder zu Transparenzgesetzen.

Antragssteller*innen: Juso-Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

O1_2/21 GRÜNDUNG DES ARBEITSKREISES KLIMA & UMWELT

1 Mit der Veröffentlichung des nun sechsten alljährlichen IPCCs Reports ist einmal mehr klar geworden,
2 dass der Klimawandel keine weit entfernte Zukunftsangst mehr ist. Spätestens die Flutkatastrophe in
3 NRW und Rheinland-Pfalz sowie die stetig steigenden Rekordtemperaturen, die sich Jahr um Jahr auf
4 ein Neues überbieten, sollten uns vor Augen führen, dass der Klimawandel bereits vor unserer eigenen
5 Haustür zu beobachten ist. Zudem müssen wir uns auch darüber bewusst, dass unsere derzeitigen
6 Anstrengungen zur CO2-Reduktion und zur Eindämmung bereits spürbarer Klimafolgen nicht
7 ausreichend sind, um künftigen Generationen einen bewohnbaren Planeten zu hinterlassen.

8 Jedoch ist der Klimawandel kein Phänomen, das alle Schichten der Gesellschaft gleichermaßen betrifft.
9 Wie meist in Krisensituationen zu beobachten ist, werden die sozial schwächeren Teile der
10 Weltbevölkerung die Auswirkungen dieser Klimakatastrophe wesentlich stärker zu spüren bekommen.
11 Daraus folgend wird die Klimakrise nicht nur das Leben zukünftiger Generationen beeinträchtigen,
12 sondern zusätzlich die bereits vorhandenen Ungleichverhältnisse in unserer Gesellschaft
13 vorantreiben.

14 Auch wenn konservative und rechte Parteien ihre Augen vor diesen Problemen und den daraus
15 folgenden Herausforderungen verschließen oder die Dringlichkeit hinauszögern, um sich so der
16 Verantwortung zu entziehen, so wollen wir das nicht akzeptieren.

17 Jedoch müssen wir uns genauso eingestehen, dass es im Bereich von Umwelt und Nachhaltigkeit für
18 die SPD noch viel zu tun gibt und wir gerade für junge Menschen, die sich gegen die aktuell praktizierte
19 Klimapolitik aussprechen, nicht die erste Wahl sind.

20 Als progressive Volkspartei sollten wir deswegen gerade in diesem Bereich vermehrt einsetzen, um
21 eine soziale Politik zu fordern, die mit den Pariser Klimazielen vereinbar ist. Aus diesem Grund wollen
22 wir uns als internationalistischer Richtungsverband mit diesem Themenkomplex intensiver
23 auseinandersetzen.

Ziele und Aufgaben

25 Für die Jusos Berlin soll der Arbeitskreis folgende Aufgaben erfüllen:

- 26 • die Schaffung einer Anlaufstelle für Jusos in Berlin, die sich zu den Themen Klima und Umwelt
27 interessieren.
- 28 • Bildungsmöglichkeiten für alle Jusos in Berlin
- 29 • die Vorbereitung und Ausarbeitung umwelt- und klimapolitischen Positionen und Konzepten

- 30 • die Vernetzung mit Akteur*innen im Bereich Nachhaltigkeit & Klima
- 31 Aus diesen Gründen fordern wir die Einrichtung eines Arbeitskreises Klima & Umwelt.

Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität

Antrag V1_2/21

Antragssteller*innen: Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

V1_2/21 LIEBER VBB STATT PAIGO.DE

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und im Abgeordnetenhaus sind aufgefordert auf die
2 Umsetzung der folgenden Punkte hinzuwirken:

- 3 1. Der VBB richtet ein Verfahren ein durch das festgestellt wird, ob ein*e Kund*in nach
4 Feststellung einer „fahrscheinslosen“ Benutzung des ÖPNV, eine Fahrtberechtigung hat. Das
5 bedeutet eine automatisierte Prüfung ob zwischen Kund*in und VBB ein Vertrag besteht. Erst
6 wenn die Feststellung negativ ausgeht, erhalten Kunden eine Zahlungsaufforderung. Dies
7 betrifft insbesondere Abonent*innen einer Zeitkarte („Fahrcard“), eines
8 Schüler*innentickets, eines Studierendenausweises oder eines Azubi-Tickets. Im Zweifel sind
9 die datenschutzrechtlich gebotenen Voraussetzungen in der allgemeinen
10 Beförderungsbedingung des VBB zu schaffen.
- 11 2. Dem VBB zu untersagen mit privaten Inkassounternehmen, wie Paigo.de
12 zusammenzuarbeiten, also das Eintreiben des erhöhten Beförderungsentgelts zu privatisieren.
13 In dem Zuge sind Inkassogebühren auf das notwendige Minimum zu reduzieren und
14 transparent in der allgemeinen Beförderungsbedingung zu regeln.
- 15 3. Einen Verhaltenskodex für Kontrolleur*innen zu erarbeiten und durchzusetzen und das
16 Outsourcing der Fahrscheinkontrollen zu beenden.
- 17 4. Wir halten an unserer Beschlusslage fest. Wir Jusos fordern einen fahrscheinlosen,
18 barrierefreien und beitragsfinanzierten ÖPNV.

19 **Begründung:**

20 Die Begründung folgt auf der Landesdelegiertenkonferenz mündlich.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

W1_2/21 SCHLUSS MIT DER PRIVILEGIERUNG VON KAPITALEINKÜNFTEN – ARBEIT UND KAPITAL ENDLICH STEUERLICH GLEICH BEHANDELN!

1 **Die gegenwärtige COVID-19 Pandemie hat unsere Art und Weise, wie wir arbeiten, unsere Freizeit**
2 **gestalten, lernen, unsere Angehörigen pflegen und wie wir miteinander kommunizieren auf dem**
3 **Kopf gestellt.** Doch nicht alle Menschen waren von den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der
4 Pandemie sowie der Pandemiemaßnahmen gleichermaßen betroffen. Die Ungleichverteilung der
5 wirtschaftlichen Last der sozialen und wirtschaftlichen Folgen wird unter anderem bei der Betrachtung
6 der Entwicklung von Arbeits- und Kapitaleinkommen deutlich: Während viele Menschen durch den
7 Wegfall des Arbeitsplatzes, Bezug von Kurzarbeiter*innengeld oder das Ausbleiben von Kund*innen
8 bei freiberuflicher oder gewerblicher Tätigkeit erhebliche Einkommenseinbußen erleiden und
9 verkraften mussten, bezogen Aktionär*innen und Gläubiger*innen weiterhin kräftige Dividenden und
10 Zinszahlungen - auch als der Staat Unternehmen mit Milliarden Euro finanziell unter die Arme gegriffen
11 hat.

12 **Die Ungleichverteilung der wirtschaftlichen Last der COVID-19 Pandemie hat den Widerspruch**
13 **zwischen Arbeit und Kapital deutlich vorgeführt.** Es waren wie in der jeder wirtschaftlichen Krise die
14 schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft, die die Kosten der Krise tragen mussten. Bestehende
15 Ungleichheiten in unserer Gesellschaft wurden und werden dadurch weiter vertieft, denn besonders
16 Reiche beziehen einen Großteil ihrer Einkommen aus Kapitalerträgen wie Dividenden und Zinsen.
17 Verstärkt wird die Ungleichheit durch die Privilegierung der Kapitaleinkünfte durch die im Zuge der
18 Unternehmenssteuerreform 2009 eingeführte Abgeltungsteuer auf Kapitaleinkünfte. Seitdem werden
19 Kapitaleinkünfte nicht mehr mit dem persönlichen Einkommensteuertarif besteuert, sondern pauschal
20 zu 25 Prozent (ggf. kommen noch Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent (effektiv 1,375 Prozent)
21 und die Kirchensteuer hinzu). Wir empfinden die steuerliche Ungleichbehandlung von Arbeits- und
22 Kapitaleinkünften als ungerecht. Vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen
23 Herausforderungen ist diese Ungerechtigkeit für uns erst recht nicht mehr haltbar!

24 **Die durch die Steuerreform geschaffene Ungerechtigkeit hatten wir Jusos bereits durch unseren**
25 **Bundeskongressbeschluss 2008 in Weimar (N 6 – LV RLP, Die Unternehmenssteuerreform der**
26 **Großen Koalition – keine GROSSE Reform! – Flat Tax – Nein Danke!) öffentlich kritisiert:** Eine

27 pauschale Abgeltungsteuer in Höhe von 25 Prozent diskriminiert Arbeitseinkünfte gegenüber
28 Kapitaleinkünften. Sie führte hierbei zu einer Abkehr des Leistungsfähigkeitsprinzips in Deutschland,
29 wonach jede*r in Deutschland ansässige Steuerzahler*innen nach Maßgabe seiner individuellen
30 ökonomischen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung staatlicher Leistungen beitragen. Mit anderen
31 Worten: Starke Schultern sollen und können mehr tragen als schwache. Die Besteuerung von
32 Kapitaleinkünften orientiert sich nicht mehr an der finanziellen Leistungsfähigkeit der
33 Steuerzahler*innen. Durch die pauschale Abgeltungsteuer werden Steuerzahler*innen mit hohen
34 Kapitaleinkünften begünstigt. In Zahlen ausgedrückt: Ab 2009 sank die Belastung für Kapitaleinkünften
35 auf 26,4 Cent (zzgl. Solidaritätszuschlag) für jeden zusätzlichen Euro über 60.000 Euro. Vor 2009 belief
36 sich die Einkommensteuer (zzgl. Solidaritätszuschlag) sowohl auf Arbeits- wie auch auf
37 Kapitaleinkünften von mehr als 60.000 Euro auf einheitlich 44,3 Cent.

38 **Die Einführung der pauschalen Abgeltungsteuer lag der Begründung zu Grunde, den Abfluss von bis**
39 **dahin entgangenen steuerpflichtiger Kapitalerträge weniger Attraktiv zu gestalten.** Die vergangenen
40 Jahre haben jedoch gezeigt, dass abgesenkte Steuersätze der Steuerhinterziehung keine Grenze
41 aufsetzen. Durch die Abgeltungswirkung kam es zudem zu einer ungerechten Verteilung des
42 Steueraufkommens zwischen den Bundesländern. Die abgeltende Wirkung führte zu einer
43 Entkoppelung der Besteuerung vom Wohnsitz der Steuerzahler*Innen. Somit fand die Besteuerung
44 ihren Anknüpfungspunkt an der abführenden Stelle, somit bei den Banken und Finanzdienstleister, die
45 sich innerhalb eines Ortes wie Frankfurt am Main ballen, statt. Dies verzerrt das örtliche
46 Steueraufkommen.

47 **Um das deutsche Steuersystem seiner Aufgabe zur gerechten Verteilung der Steuerlast**
48 **wiederzugeben, ist die Abschaffung der Abgeltungsteuer auf Kapitaleinkünften hinzu einer**
49 **Besteuerung auf Basis der individuellen Leistungsfähigkeit unabdingbar.** Zwar hat die aktuelle
50 Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vom 12. März 2018 die Abschaffung der Abgeltungsteuer
51 auf Zinserträge festgehalten. Die Abschaffung steht jedoch unter dem Vorbehalt der Etablierung des
52 internationalen automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten zwischen den nationalen
53 Steuerbehörden. Obwohl Deutschland bereits mit zahlreichen Ländern einen automatischen
54 Informationsaustausch vereinbart hat, ist seit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags nichts
55 passiert. Außerdem beschränkt sich die geplante Abschaffung nur auf Zinserträge. Dies ist für uns nicht
56 ausreichend: **Um das Steuersystem gerechter und progressiver zu gestalten, muss die**
57 **Abgeltungsteuer auf sämtliche Kapitaleinkünfte abgeschafft werden!**

58 **Wir verstehen die aktuelle COVID-19 Pandemie als Chance, unsere Gesellschaft gerechter, inklusiver,**
59 **grüner und resilienter zu gestalten.** Ein progressiv und gerechter gestaltetes Steuersystems kann
60 einen wichtigen Beitrag hierfür leisten. **Deshalb fordern wir Jusos:**

- 61 • Die steuerliche Gleichbehandlung von Arbeitseinkommen und Kapitaleinkünften,
- 62 • die Abschaffung der Abgeltungsteuer auf alle Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden, Gewinne
63 aus dem Verkauf von Wertpapieren (wie z.B. Aktien und Anleihen) und die Besteuerung von
64 Kapitalerträgen nach dem persönlichen Einkommensteuertarif,
- 65 • die Anhebung des derzeitigen Sparer*innenpauschbetrags von 801 Euro (bei gemeinsamer
66 Veranlagung 1.602 Euro) auf 1.000 Euro (2.000 Euro),
- 67 • die Beibehaltung des Quellensteuerabzugsverfahrens (Vorauszahlung auf die
68 Einkommensteuer) bei der Kapitalertragsteuer und eine pauschale Quellenbesteuerung in
69 Höhe von 25 Prozent,

- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- eine datenschutzkonforme automatische Kontrollmitteilung der auszahlenden Stelle mit personenspezifischen Daten wie Name, Adresse, Steuernummer etc. an die zuständige Finanzbehörde,
 - stärkere Bekämpfung von Steuervermeidung und -hinterziehung in diesem Zusammenhang sowie
 - die Aufstockung von Finanzbeamten*innen in Deutschland und bessere technische Ausstattung der Finanzbehörden

Antragssteller*innen: Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

W2_2/21 WIRECARD 2.0 VERHINDERN: KONTROLLE VON KAPITALGESELLSCHAFTEN IN STAATLICHE HAND GEBEN

1 2020 wurde mit der Insolvenz des Finanzdienstleisters Wirecard AG einer der größten Finanzskandale
2 der letzten Jahre öffentlich. Die Abkürzung AG im Namen steht hierbei für Aktiengesellschaft. Das
3 heißt, dass das Unternehmen nicht einer Person gehörte, sondern Unternehmensanteile an
4 verschiedene Menschen oder Unternehmen in Form von Aktien ausgegeben wurden. Wirecard-Aktien
5 wurden unter anderem an der Frankfurter Börse gehandelt. Bis zum 24. August 2020 war Wirecard
6 sogar in dem bedeutendsten deutschen Aktienindex DAX (Deutscher Aktienindex) vertreten. Aktien
7 können dort ge- und verkauft werden, die Verkaufswerte spiegeln dabei den Unternehmenswert
8 wieder. Damit Anleger*innen, also die Menschen oder Unternehmen, die Geld in Aktien investieren,
9 wissen, wie gut oder schlecht es um ein Unternehmen steht, das an der Börse gehandelt wird, ist dieses
10 verpflichtet ihren Anleger*innen bestimmte Informationen offenzulegen. Eine börsennotierte
11 Aktiengesellschaft muss jährlich ihren Geschäftsbericht, der unter anderem eine Bilanz, Gewinn- und
12 Verlustrechnung und einen Lagebericht (Jahresabschluss) enthalten muss, offenlegen. Der
13 Jahresabschluss muss die tatsächlichen Verhältnisse der Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage der
14 Aktiengesellschaft wiedergeben und muss von einem bzw. einer Wirtschaftsprüfer*in oder einer
15 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und bestätigt werden. In dieser Prüfung wird kontrolliert,
16 inwiefern sie ihre Buchhaltung korrekt führen und ihren gesetzlichen Pflichten nachkommen. Auch das
17 Vermögen des Unternehmens wird so offen gelegt. Diese Angaben sind unter anderem relevant für
18 Investor*innen und Gläubiger*innen, die sich aufgrund der veröffentlichten Zahlen und weiteren
19 Angaben für oder gegen eine Investition entscheiden.

20 Der ausschlaggebende Grund der Pleite und des Skandals bei Wirecard war, dass 1,9 Milliarden Euro,
21 die das Unternehmen eigentlich haben sollten, nicht existierten. Dies bedeutete, dass Wirecard
22 ungefähr ein Viertel ihres angeblichen Vermögens, das sie ursprünglich in ihrer Jahresbilanz angegeben
23 hatten, nicht besaß. Daraufhin verlor die Aktie massiv an Wert, was bedeutet, dass viele Anleger*innen

24 Geld verloren. Die mehr als 11.000 Forderungen gegenüber der zahlungsunfähigen Wirecard belaufen
25 sich mittlerweile auf über 12,4 Milliarden Euro.

26 Der damalige Vorstandsvorsitzende der Wirecard AG trat daraufhin zurück und sitzt aufgrund des
27 Verdachts auf Vortäuschung von Einnahmen und Marktmanipulation bis heute neben anderen
28 mutmaßlichen Verantwortlichen in Untersuchungshaft. Der Chief Operating Officer (COO), der für das
29 alltägliche Finanzgeschäft und für die Betriebsprozesse von Wirecard maßgeblich zuständig war,
30 tauchte ab und wird mit einem internationalen Haftbefehl gesucht. Ebenfalls wurde ein
31 parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Bundestag eingerichtet, der klären soll, inwiefern
32 staatliche Stellen über die Vorgänge bei Wirecard informiert waren.

33 Allerdings war die Prüfung der Jahresbilanz und der generellen Buchhaltung der Wirecard im ersten
34 Schritt nicht Aufgabe des Staates. Unternehmen, die Kapitalgesellschaften sind (also sich aus dem
35 Kapital von mehreren Menschen oder anderen Unternehmen finanzieren, ohne dass diese unmittelbar
36 für das Alltagsgeschäft des Unternehmen arbeiten), werden zunächst von privaten
37 Wirtschaftsprüfer*innen kontrolliert. Wirtschaftsprüfer*in ist ein öffentliches Amt, das heißt, mit
38 diesem gehen besondere gesetzlich festgelegte Rechte und Pflichten einher. Diese
39 Wirtschaftsprüfer*innen arbeiten aber nicht für den Staat, sondern für private Unternehmen.
40 Profitorientierte, private Unternehmen übernehmen somit für andere Unternehmen eine Rolle, wie
41 sie das Finanzamt für Privatleute hat: Sie sind zuständig zu kontrollieren, ob diese Unternehmen ihren
42 gesetzlichen Pflichten hinsichtlich ordnungsmäßigen Buchführung und wahrheitsgemäßen
43 Offenlegung ihrer tatsächlichen Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage.

44 DAX-Unternehmen, wie Wirecard damals, werden üblicherweise von den sogenannten "Big Four"
45 kontrolliert, den vier weltweit größten Wirtschaftsprüfungsunternehmen. 2019 machten nur diese vier
46 Unternehmen weltweit einen Umsatz von ca. 154,79 Milliarden US-Dollar. Hier ist allerdings
47 anzumerken, dass diese Unternehmen nicht nur Wirtschaftsprüfung anbieten, sondern oftmals
48 gleichzeitig Unternehmensberatungen sind. Diese Beratungen spezialisieren darauf, die Gewinne der
49 Unternehmen zu optimieren und Zahlen - wie den Jahresabschluss - bestmöglich für das Unternehmen
50 zu gestalten.

51 Trotz ihrer Profitorientierung müssen diese Wirtschaftsprüfungsunternehmen nach dem Gesetz
52 allerdings unabhängig sein und eine kritische Grundhaltung gegenüber den von ihnen zu prüfenden
53 Unternehmen haben. Da Wirtschaftsprüfungsunternehmen allerdings von den zu prüfenden
54 Unternehmen selbst beauftragt werden, ergibt sich hier ein Interessenkonflikt. Aufgrund ihrer
55 privatwirtschaftlichen Organisation sind die Wirtschaftsprüfungen abhängig von ihren
56 Auftraggeber*innen, die sie gleichzeitig kontrollieren sollen. So müssen Wirtschaftsprüfungen
57 befürchten, nicht mehr von Unternehmen beauftragt werden, sofern sie diese zu kritisch prüfen. Hinzu
58 kommt, dass die Wirtschaftsprüfer*innen oftmals über eine längere Zeit bei dem Unternehmen vor

59 Ort sind, um diese zu prüfen. So kann es ebenfalls zu einer Vermischung der Rollen kommen, da aus
60 den Kontrolleur*innen so fast schon Kolleg*innen werden können.

61 Im Falle von Wirecard war eine der "Big Four" jahrelang mit der wirtschaftlichen Prüfung des
62 Unternehmens beauftragt. Nachdem Journalist*innen die Bilanz Wirecards aufgrund von nach ihren
63 Recherchen zu hohen Gewinnangaben bezweifelten, beauftragte Wirecard ein weiteres
64 Wirtschaftsprüfungsunternehmen der "Big Four", um diese Zweifel auszuräumen. Erst im Zuge dieser
65 Überprüfung viel nach einiger Zeit auf, dass die besagten 1,9 Milliarden nicht existierten. Daraufhin
66 verweigerte die Wirtschaftsprüfung Wirecard den Jahresabschluss zu bestätigen. Im Zuge des Skandals
67 wurden Vermutungen konkreter, dass die erste beauftragte Wirtschaftsprüfung bereits in den Jahren
68 zuvor, zu ungenau prüfte, sodass dieser Milliardenbetrug erst möglich wurde. So fiel der
69 Wirtschaftsprüfung 2016 und 2017 beispielsweise nicht auf, dass Unterschriften als Grafiken in ein
70 PDF-Dokument eingefügt wurden, was eine Fälschung nahelegt.

71 Auch bei solchen Fällen ist es schwierig den Wirtschaftsprüfer*innen Fahrlässigkeit oder gar Vorsatz
72 nachzuweisen. Und selbst wenn dies möglich ist, müssen diese kaum Konsequenzen fürchten. Die
73 Haftung für Wirtschaftsprüfer*innen ist in Deutschland auf vier Millionen Euro gedeckelt. Angesichts
74 der Milliardenumsätze der „Big Four“ und der von ihnen geprüften Unternehmen, ist das keine große
75 Summe.

76 Diese Vorgänge bei Wirecard machen deutlich, dass die Kontrolle von privaten Unternehmen durch
77 andere private Unternehmen nicht zielführend ist. Die Einhaltung von Gesetzen zu kontrollieren, muss
78 auch hier Aufgabe des Staates sein. Es gibt bereits Behörden, die mit der Kontrolle der
79 Wirtschaftsprüfer und des Finanzmarktes betraut sind, wie die Bundesanstalt für
80 Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS). Die BaFin ist dem
81 Bundesfinanzministerium unterstellt, während die APAS durch das Bundesministerium für Wirtschaft
82 und Energie kontrolliert wird. Die BaFin ist unter anderem für die Kontrolle des Wertpapierhandel und
83 damit verbundenen Verbraucher*innenschutz zuständig, während die APAS die Arbeit der
84 Wirtschaftsprüfer*innen kontrollieren soll. Im Zuge der Ermittlungen und Recherchen zu Wirecard,
85 insbesondere der Befragungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Bundestag,
86 wurden allerdings aber auch Fehler der BaFin eingeräumt. 2019 verbot diese Leerverkäufe, also das
87 Wetten auf fallende Kurse bei Wirecard. Der damalige Chef der BaFin begründet dieses Verbot damit,
88 dass sie staatsanwaltliche Hinweise auf Insiderhandel bekommen hätten. Allerdings gab es damals
89 bereits kritische Berichterstattung über das Unternehmen. Daher konnte ein Eindruck entstehen, dass
90 die BaFin Wirecard vor den Auswirkungen dieser schützen wollte. Aufgrund dieser und anderer
91 Unzulänglichkeiten, trat die Spitze der BaFin im Zuge des Wirecard-Skandals zurück. Die APAS zeigte
92 2020 die erste Wirtschaftsprüfung, die Wirecard jahrelang untersuchte ohne Fehler zu finden, an. Der
93 Chef dieser Wirtschaftsprüfung trat daraufhin zurück.

94 Es wurde klar, dass die Kontrolle von Unternehmen wie Wirecard neu organisiert werden muss. 2021
95 wurden mit dem "Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität" einige Veränderungen auf den Weg
96 gebracht, wie die zukünftig verpflichtende unternehmerische Trennung von Wirtschaftsprüfung und
97 Beratung. Allerdings gehen diese Schritte noch lange nicht weit genug.

98 Daher fordern wir:

99 Langfristig:

- 100 • muss die Kontrolle von Kapitalgesellschaften komplett in staatliche Hand überführt werden.
101 Die Kontrolle der Einhaltung von Gesetzen, besonders auch im Finanzbereich, darf dabei nicht
102 an private Unternehmen abgegeben werden. Dazu muss eine neue unabhängige
103 Behördenstruktur geschaffen werden, die über ausreichend Kapazitäten verfügt, sodass die
104 Berichte der betroffenen Unternehmen hinreichend kontrolliert werden können. Da der
105 grenzüberschreitende Wirtschaftsverkehr heutzutage Alltag ist, sollte die entsprechende
106 Behördenstruktur sinnvollerweise auch auf Europäischer Ebene angesiedelt sein.

107 Bis diese Behörde aufgebaut ist

- 108 • die Überprüfung der Jahresberichte dieser Unternehmen muss strenger durch die APAS
109 kontrolliert werden. Dazu muss die APAS kurzfristig personell und finanziell besser
110 ausgestattet werden und mehr Befugnisse und Zugriffsrechte erhalten. Eine Zusammenarbeit
111 mit privatwirtschaftlichen Wirtschaftsprüfer*Innen sollte hier angestrebt werden, um
112 kurzfristig Sachkenntnis aufzubauen und die anfallende Mehrarbeit sinnvoll zu bewältigen.
- 113 • Die Regeln für Buchhaltung, Bilanzierung und damit verbundene Nachweispflichten und der
114 weitere rechtliche Rahmen für Wirtschaftsprüfer*Innen muss so angepasst werden, dass
115 schwere Verstöße auch bei großer krimineller Energie im Unternehmen leichter aufgedeckt
116 werden können
- 117 • Kapitalgesellschaften müssen ihr Wirtschaftsprüfungsunternehmen jährlich wechseln, um
118 finanzielle Abhängigkeiten zu minimieren.
- 119 • Der Schutz für Whistleblower*Innen besonders in der Wirtschaftsprüfungsindustrie und dem
120 Accounting und Controlling größerer Unternehmen muss durch geeignete Regeln und Gesetze
121 auf Landes- und Bundesebene stark verbessert werden, um dem Verschweigen krimineller
122 Vorfälle unter Druck entgegenzuwirken.
- 123 • Einrichtung eines Vier-Augen-Prinzips durch die Verpflichtung von Joint Audits, indem
124 mindestens zwei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften für ein Unternehmen verantwortlich sind

Antragssteller*innen: Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

W3_2/21 FÜR EINE CORONA-BEDINGTE VERLÄNGERUNG DES KINDERGELDES!

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Bundestag und der Bundesregierung sind aufgefordert sich für
- 2 eine Corona-bedingte Verlängerung des Kindergeldes einzusetzen. Im Zuge der Corona-Pandemie
- 3 wurden sämtliche Regelungen wie die Regelstudienzeit (Freisemester) sowie das BAföG angepasst. Nur
- 4 das Kindergeld wurde bisher nicht verlängert. Daher soll eine coronabedingte Sonderregelung
- 5 geschaffen werden, die auf Antrag eine Auszahlung des Kindergeldes bis zum 26. oder 27. Lebensjahr
- 6 ermöglicht. Eine solche Regelung ist deshalb erforderlich, weil ansonsten vielen Betroffenen
- 7 Einkommenseinbußen auf den letzten Metern zu ihrem Abschluss drohe

